

Politische Berichte ★

Nummer 24 / 17. Jahrgang

28. November 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Gegen IFOR-II-Mandat

Grüne MdBs: Statt NATO-Einsatz sollen UN und OSZE den Aufbau unterstützen

Am 30.11. beginnt in Suhl die Bundes-DK von Bündnis 90 / Die Grünen. Ein Schwerpunkt wird die Debatte über den Einsatz von Bundeswehrtruppen in Bosnien sein. Eine Klärung der grünen Position ist nötig, weil der Bundestag vermutlich am 13.12. über eine IFOR-Nachfolgeregelung beschließen wird.

Die Strategie der Bundesregierung ist, in der veröffentlichten Meinung Stimmung für eine Ausweitung des Einsatzzweckes der Bundeswehrtruppe herzustellen. Intern wird schon fest mit der Ausweitung des Auftrages gerechnet. In der Zeitschrift *Europäische Sicherheit* 11/96 wird detailliert berichtet, über welches neue Gerät die deutschen Kampftruppen verfügen müssen. Die Militärs erwarten eine „höhere Gefährdung“: „Für einen Auftrag bei IFOR II mit einem höheren Gefährdungspotential reichen die vorhandenen Varianten mit Zusatzpanzerung allerdings nicht mehr aus. Das bedeutet, daß die Bundeswehr schnellstmöglich eine Waffensystemlösung finden muß, die ihren Soldaten in einem geänderten Auftrag mit Kampfaufgaben den adäquaten Schutz bietet. Hierzu bedarf es auch einer unter Schutz bedienbaren Bewaffnung, um sich bei Angriffen entsprechend zur Wehr setzen zu können.“

In der Konsequenz heißt das, die Ausweitung der Bundeswehreinsatzes dient zur Anschaffung neuer Waffen bei der Bundeswehr: „Die schwierige Finanzsituation des Verteidigungshaushaltes ist allgemein bekannt. Sie darf aber nicht zum Ergebnis führen, daß man bis in das nächste Jahrtausend abwartet, bis die jetzt vorgesehenen Planungen neuer Waffensysteme beim Heer in die Realität umgesetzt sind.“

Jede Unterstützung der Bundesregierung in der Frage einer Ausweitung des Bundeswehrauftrages in Bosnien bedeutet daher auch eine Unterstützung

der weiteren Aufrüstung der Bundeswehr. Unter pazifistischen Gesichtspunkten ein unhaltbarer Zustand.

Gegen diese Entwicklung muß man Haltepunkte setzen. Ein Versuch dazu ist eine Beschußvorlage der vier bündnisgrünen Abgeordneten Angelika Beer, Kerstin Müller, Werner Nachweiß und Ludger Volmer, die nach deren Vorstellung von ihrer Fraktion in den Bundestag eingebracht werden soll. Zentrale These ist: „Es gibt keine grundsätzliche Alternative zum eingeschlagenen Weg, ein multi-ethnisches Bosnien-Herzegowina zu schaffen“ Zu diesem Zweck müssen vor allem jene Hilfsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen unterstützt werden, die sich dem Aufbau eines demokratischen multiethnischen Bosniens widmen.

In diesem Zusammenhang ist eine weitere Forderung der Beschußvorlage wichtig: Keine zwangsweise Rückkehr der bosnischen Flüchtlinge, solange nicht die Bedingungen in Bosnien dazu vorhanden sind. Es wird gefordert: „Der Beschuß der Innenminister über den Beginn der Zwangsrückführungen ab 1.10.1996 ist aufzuheben.“ Die von der Bundesregierung betriebene Zwangsvertreibung bosnischer Menschen zurück nach Bosnien müsse in der jetzigen Situation zu einer weiteren Eskalation in Bosnien führen.

Die Bundesregierung wird daher in dem Antrag der grünen Abgeordneten aufgefordert, an einem Konzept des zivilen Aufbaus mitzuwirken, anstatt eskalierend tätig zu sein. Auf keinen Fall kann nach Auffassung der Antragsteller/innen die NATO für die Umsetzung des zivilen Aufbaus nützlich sein: „Die NATO ist zu einem solchen langfristigen Engagement, das den zivilen Aufbau in den Mittelpunkt stellt, weder Willens noch in der Lage. Die federführenden Organisationen müssen UNO und OSZE sein.“ (hav)

Rom, 22. November: 300.000 für neue Tarifverträge



300.000 Metallarbeiter demonstrierten am 22. November in Rom für neue Einkommenstarife. Ein ausführlicher Bericht über die Entwicklungen in Italien auf Seite 5.

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzähliglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73



„Für die Aufhebung des Verbots von PKK und ERNK“

Ein Bündnis aus PDS, VVN, Grüne, Jusos, DFG-VK u.a. startet zum 3. Jahrestag von Kanthers Verboten eine Kampagne

Das obenstehende Plakat wurde am 26. November in Bonn bei einer Pressekonferenz der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke, Peter Gingold (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN-Hessen), der Jusos Hessen-Süd und der Informationsstelle Kurdistan in Bonn vorgestellt.

Ein breiter Unterstützerkreis will damit den Druck auf die Bundesregierung verstärken, damit diese – drei Jahre nach der Verhängung der Verbote gegen kurdische Organisationen durch Bundesinnenminister Kanther – diese Verbote wieder aufhebt. Am 23. November hatten sich als Unterstützende eingetragen:

- Peter Gingold, VVN-Hessen;
- Ulla Jelpke, PDS-MdB;
- Gerhard Fries, Irmtraud Frederking, Hans Kujat und Elke Schuster von der Berliner Compagnie;
- Dorothea Wolf, MdL Niedersachsen, Bündnis 90/Die Grünen;

- Hans Köbrich, Mitglied im Betriebsrat von BMW Berlin und in der Vertreterversammlung der IG Metall Berlin;
- Wolfgang Schaumberg, Betriebsrat bei Opel Bochum;
- Eva Klippenstein, ai-Düsseldorf;
- Heinrich Hannover, Anwalt;
- Hans-Eberhard Schultz, Anwalt;
- Cornelius Hertz, Galerist;
- Ulrich Reineking, Kabarettist;
- Ernst Busche, DFG-VK Bremen;
- Jungsozialisten Hessen-Süd;
- Guido Meyer, Juso-Vorsitzender HH;
- Aktion 3. Welt, Saar;
- Kurdistan-Solidaritätsgruppen NRW. Die Kampagne wird getragen von der Informationsstelle Kurdistan in Bonn, die sich über weitere Unterstützung freut. Dort sind auch die Plakate (Stück 0,30 DM plus 3.- DM Porto pro Sendung), Unterschriftenlisten und Hintergrundmaterial erhältlich: Informationsstelle Kurdistan, Muxstr. 50, 53111 Bonn, Tel. / Fax: 0228-65 61 27. (rül)

AKTUELL IN BONN**Gegen Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus**

Der wohnungspolitische Sprecher der PDS im Bundestag, Klaus Jürgen Warnick, hat die Ankündigung von Wohnungsbauminister Töpfer, ab 1999 die Sozialmieten abzuschaffen, scharf kritisiert: „Erst schneidet die Regierung in das soziale Netz immer größere Löcher, dann konstatiert sie, daß es seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann, und dann plädiert sie deshalb für seine Abschaffung.“ Warnick forderte eine „Neugestaltung der Wohnungsförderung“: „Dazu gehören der soziale Wohnungsbau, das Wohngeld, aber auch der freifinanzierte Wohnungsbau und Immobilienmarkt, denn dorthin fließt der übergroße Teil an Subventionen und Steuergeschenken. Um bezahlbare und sichere Wohnungen für alle Menschen zu schaffen, um für mehr Mietgerechtigkeit zu sorgen und auch für eine höhere Effizienz beim Einsatz von öffentlichen Mitteln müssen wir an die wirklich Vermögenden ... herangehen.“

Die „Ehre der Soldaten“

Am 13. November haben die Regierungsparteien im Verteidigungsausschuß einem Gesetzentwurf zugesagt, der „Verunglimpfung der Streitkräfte oder eine Beleidigung ihrer Angehörigen“ mit einer Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bedroht (Ds. 13/3971). Hierzu soll ein neuer § 109b in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden. Der Gesetzentwurf der Regierungsparteien ist eine Reaktion auf das von Regierungs- und Militärvertretern heftig kritisierte Urteil des Verfassungsgerichts, das auch scharfe Kritik an Militärs („Soldaten sind Mörder“) als zulässige Meinungsausübung gewertet hatte. Das wollen die Regierungsparteien mit ihrem neuen Gesetz nun verbieten. Eine Entscheidung im Bundestag steht aus.

Ausländische Frauen weiter rechtlos

Am 14. November hat der Bundestag neue „Härtefallfristen“ beim Aufenthaltsrecht für ausländische Ehefrauen verabschiedet. Die PDS-Abgeordneten Christina Schenk und Ulla Jelpke kritisierten die neue Regelung am gleichen Tag scharf: „Nach dem Willen der Regierungskoalition bleibt das Aufenthaltsrecht für ausländische Ehefrauen an das des Mannes gekoppelt. Nach wie vor muß die eheliche Gemeinschaft ... vier Jahre im Bundesgebiet bestanden haben, bevor die nachgezogene Ehefrau ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhält. In Härtefällen beträgt die Frist drei Jahre. Die Regierungskoalition will jetzt ‘zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte’ die Frist auf ein Jahr verkürzen. Darunter fassen Union und FDP auch Gewalt durch den Ehepartner oder Zwang zur Prostitution.“ „Ein Jahr Prügel für Frauen zumutbar“, fassen sie die neue Regelung zynisch zusammen. Außerdem gelte weiter: „Ehemänner behalten ein ‘Rückgaberecht’ für nicht genehme ausländische Ehefrauen. Das heißt, sie brauchen der Ausländerbehörde nur zu melden, daß sie sich von ihrer Frau getrennt haben und nicht mehr zusammenleben: Die Ehefrau wird dann sofort ausgewiesen.“

Sozialversicherung ausweiten!

Die PDS im Bundestag hat einen Antrag eingebracht, mit dem sie der zunehmenden Ausgliederung von Beschäftigungen aus der Sozialversicherungs-

pflicht entgegentreten will. Vor kurzem hatte u.a. der DGB auf die rapide Zunahme solcher „geringfügigen Beschäftigungen“ (590-DM-Jobs) und andere Formen der Beitragsvermeidung hingewiesen („Scheinselbstständige u.ä.“), die die Unsicherheit für die Beschäftigten immer weiter verstärken und zugleich den Sozialversicherungen dringend benötigte Beiträge entziehen. Die PDS fordert, jede bezahlte Arbeitsstunde in abhängiger Beschäftigung sozialversicherungspflichtig zu machen. Bei Zahlungen unterhalb des Existenzminimums sollten die Arbeitgeber verpflichtet werden, den gesamten Sozialversicherungsbeitrag zu zahlen.

Versorgungszahlungen an ehemalige Waffen-SS?

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat von der Bundesregierung Auskunft über Zahlungen an frühere Wehrmachtsangehörige sowie ehemalige Mitglieder der Waffen-SS im Ausland verlangt. Im Ausland werde „mit großem Verständnis“ darauf reagiert, daß Kriegsverbrecher und auch Witwen von ehemaligen SS-Generalen und anderen SS-Offizieren, die maßgeblich den Holocaust an den europäischen Juden organisierten und durchführten, ohne Abzüge Versorgungsleistungen erhalten. Die Fraktion will wissen, ob bei ausländischen Antragstellern die frühere Mitgliedschaft in der SS oder Waffen-SS bei Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz eine Rolle spielt und was die Regierung ggf. gegen solche Zahlungen zu tun gedenkt.

Streit um Jugendarbeitsschutz

Am 13. November hat der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung eine Anhörung zu der von der Regierung geplanten Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (wir berichteten) durchgeführt. Sprecher des DGB lehnten dort die geplante Ausweitung der Arbeitsverpflichtungen für Auszubildende als „völlig unakzeptabel“ zurück. Die Regierung will Auszubildende über 18 Jahre verpflichten, sowohl vor als auch nach der Berufsschule in ihrem Ausbildungsbetrieb zu arbeiten. Die Handwerker-Vereinigung dagegen unterstützte die Regierungsvorlage: Das derzeit geltende Arbeitsverbot an Berufsschultagen sei angeblich „ein ernsthaftes Ausbildungshemmnis geworden“. Streit gab es auch um die von der Regierung geplanten Ausnahmen für die bisher verbotene Kinderarbeit. Sollen 13-jährige in landwirtschaftlichen Familienbetrieben bis zu drei statt bisher zwei Stunden täglich bei einer 5-Tage-Woche arbeiten können. Dem Bauernverband geht die Ausnahmeregelung nicht weit genug. Er will, daß Kinder ab 13 Jahren durch ihre Eltern an allen Wochentagen zu solchen Arbeiten gezwungen werden können.

Was kommt demnächst?

Am 29.11. beginnt in Suhl die grüne Bundes-DK, u.a. mit der Neuwahl des Vorstands. Ebenfalls am 29.11. berät der Bundesrat über die berüchtigte LPG-Novelle der Regierung. Am 5.12. beginnt die Regierung Gespräche über die Kohlesubventionen, als erstes mit der IG Bergbau. Am 9.12. berät erneut der Bundesrat, u.a. über Seehofers Kostendämpfungsrichtlinie. Am 10.12. wollen die NATO-Außenminister über ein neues IFOR-Mandat für Bosnien entscheiden, das Mandat endet am 20.12. Am 13./14.12. tagt in Dublin der EU-Gipfel.

„Das OLG Frankfurt verhöhnt den demokratischen Rechtsstaat“

Sprecher/innen des Komitees für Grundrechte und von Pax Christi protestieren gegen das Hogefeld-Urteil

Der 5. Strafsenat des OLG Frankfurt/Main unter seinem Vorsitzenden Dr. Schieferstein hat am 5.11.96 für Recht erkannt, daß Frau Hogefeld zu lebenslanger Freiheitsstrafe zu verurteilen sei. Das OLG behauptet, Birgit Hogefeld eines dreifachen Mordes und mehrfachen Mordversuchs überführt zu haben.

Vorbehaltlich einer detaillierten Analyse des schriftlichen Urteilstextes stellen wir ... folgende Verfahrenswidrigkeiten, Verstöße gegen ein demokratisch-rechtsstaatlich zu handhabendes Straf- und Strafprozeßrecht und Unverhältnismäßigkeit des Urteils fest. Unsere Informationsbasis bildet die durchgängige Prozeßbeobachtung durch das Vorstandsmitglied des Komitees, Pfarrer Hubertus Janssen, und durch die Vizepräsidentin von Pax Christi, Gisela Wiesel, sowie die Einsicht in die schriftlichen Unterlagen des Verfahrens.

1. Schon die Anklageerhebung der Bundesanwaltschaft zeichnet sich dadurch aus, daß ein ehemaliges Mitglied der RAF, Birgit Hogefeld, gleichsam zur Strecke gebracht werden soll. Die Anklage arbeitet mit höchst umstrittenen und in ihrer Qualität fragwürdigen Indizien. Die Anklage schweißt diese Indizien zu einem systematischen Beweis gegen Frau Hogefeld zusammen, indem sie erweisenlich unsinnige Annahmen einsetzt, wie die These von einer Art radikal demokratischen Binnenstruktur der RAF, die sog. Kollektivitätsannahme, und indem sie den Begriff der Mittäterschaft solange dehnt, bis er zweckentsprechend Birgit Hogefeld zu umfassen vermag.

2. Der 5. Strafsenat des OLG Frankfurt/Main hat die ihrer strafprozeßualen Aufgabe nicht gerecht werdende Bundesanwaltschaft nicht in ihre Schranken gewiesen. Im Gegenteil. Der bald zwei Jahre dauernde Prozeß stand von Anfang an unter dem Zeichen des nur noch an einem symbolischen Faden hängenden Damoklesschwert der wie vorab vereinbarten Verurteilung.

3. Der von Dr. Schieferstein dirigierte Prozeß entsprach in jeder Facette diesem Schein-Charakter.

— Nachdem Birgit Hogefeld verschiedene Ansinnen, die Rolle einer Kronzeugin zu übernehmen, abgelehnt hatte, wurde ihr keine Chance mehr eingeräumt, und dies, obwohl sie nicht die von ihr erwartet — erhoffte (?) „RAF-Attitüde“ eingenommen hat, indem sie darauf ausgegangen wäre, den Gerichtssaal i.S. der „RAF-Strategie“ der 70er Jahre umzufunktionieren. Birgit Hogefeld hat im Gegensatz dazu bis zu ihrem Schlüßplädoyer, so kritisch sie sich mit der Anklage, dem Gericht und den Verhältnissen in der Bundesrepublik auseinandersetzt, klar und eindeutig für einen humanen, einen gewaltfreien, einen friedlichen Konfliktaustrag plädiert. Gerade aus ihrer Kenntnis früherer auch eigener Irrtümer.

— Die Chancenlosigkeit der Angeklagten setzte sich in dem schier einer dau-

ernden Mißhandlung gleichenden Umgang des Gerichts mit der Verteidigung fort. Von „Waffengleichheit“, die der deutsche Strafprozeß prinzipiell verlangt, kann seit den strafprozeßual einschlägigen sog. Anti-Terrorismus-Gesetzen ohnehin nicht mehr die Rede sein. Dieser 5. Strafsenat samt seinem Vorsitzenden Dr. Schieferstein schaffte es jedoch, in trauter Nähe zu den Stammheimer Verfahren u.ä. die Verteidigung an den Rand zu drängen, ja unwürdig zu behandeln. Damit wurde die vorgegebene Chancenlosigkeit der Angeklagten, die schon immer Verurteilte war, zementiert.

— Überfall dort, wo genaue Recherche, offenes Präsentieren von Zeugen und Akten unabdingbar gewesen wäre — und dies ist bei Mordanklage und ihren

Folgen durchgehend —, hat es das Gericht hingenommen, daß die Exekutive, das Bundesministerium des Innern insbesondere, ihren Beamten großzügige Aussageverweigerung erteilt, daß Akten nicht eingesehen werden konnten, daß die präsent gestellten Beweise angesichts der nicht präsent gestellten geradezu in eine Schattenstellung gerieten. Ob Birgit Hogefeld der Straftaten wahrheitsgemäß bezichtigt werden kann, konnte so nicht herausgefunden werden. Das Gericht wäre gehalten gewesen, nicht nur der Verteidigung zureichende Einsichtschancen zu geben, sondern den von exekutiven Geheimhaltungen überschatteten Prozeß abzubrechen; in jedem Fall auf diesbezügliche Anklagen und deren Weiterbehandlung zu verzichten. Der 5. Strafsenat tat mitnichten so. Er verhandelte und urteilte nun im Zeichen der eindeutigen Dominanz der Anklage und ihres politischen innenministeriellen Bezugsfeldes. Die unabhängige Justiz gibt sich solchermaßen auf. Sie wird zur Funktion der Exekutive und ihrer bundesstaatlichen Mündchenke.

4. Gerichte sollen Recht sprechen. Sie sollen dies tun, auch wenn die möglichen Urteile für die Betroffenen im Rahmen geltenden Rechts hart ausfallen mögen. Indes: Strafrichter und insbesondere Strafrichter in Mordsachen sind gehalten, allen Zweifeln nachzugehen und jegliches Urteil aufgrund eines bunten Indizienmusters zu vermeiden. Der 5. Strafsenat hat wider diese seine eindeutige Pflicht verstoßen. Er hat die Angeklagte und ihre Verteidigung hetzen lassen und selbst gehetzt und demzufolge ein so nicht haltbares Urteil gesprochen. Solche Gerichte hat die Bundesrepublik, soweit sie sich zu Recht als demokratischen Rechtsstaat bezeichnet, nicht verdient.

Frankfurt/Köln, den 6.11.1996
gez. Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Geschäftsführender Vorstand des Komitees für Grundrechte und Demokratie
gez. Pfarrer Hubertus Janssen, Vorstandsmitglied des Komitees für Grundrechte und Demokratie
gez. Gisela Wiesel, Vizepräsidentin von Pax Christi, deutsche Sektion

(aus Platzgründen von d. Red. gekürzt)





Fotomontage zur Tradition des Kampfes um die Lohnfortzahlung, verbreitet durch den IG-Metall-Vorstand in Frankfurt

DGB: Neues Grundsatzprogramm

DGB-Kongreß in Dresden im Zeichen des Widerstands gegen die Angriffe von Kapital und Regierung

Ca. 600 Delegierte der 15 Einzelgewerkschaften des DGB (9,35 Mio Mitglieder) verabschiedeten auf dem 5. außerordentlichen DGB-Bundeskongreß ein neues Grundsatzprogramm.

Im Februar 1996 war nach fünfjähriger Beratung in den DGB-Gremien ein Programmentwurf vorgelegt worden, der den Geist der Kanzlerrunden (Bündnis für Arbeit) und der Kooperation mit Kapital und Regierung atmete. Nach den leidvollen Erfahrungen der letzten Monate mit der Regierungspolitik (Sparpaket, Angriff auf die Lohnfortzahlung) und den Angriffen von Arbeitgeberverbänden und Konzernen auf Tarifverträge entbrannte eine heftige, kritische Debatte in den Einzelgewerkschaften, die in ca. 600 Änderungsanträge und schließlich in die Vorlage eines faktisch neuen Programmentwurfs im September mündete. Diese Entwicklung wurde vom IG Metall-Vorsitzenden Zwickel so charakterisiert: „Der stark überarbeitete Entwurf zielt auf die Stabilisierung der gewerkschaftlichen Gegenmacht ab und macht keinen Frieden mit dem bestehenden Wirtschafts- und Sozialsystem.“

Von den Arbeitgeberverbänden und der ihnen nahestehenden Presse wurde registriert, daß der DGB vom Konsens-Kurs abrücke, vor allem, daß die Formulierung im ursprünglichen Entwurf „Die soziale Marktwirtschaft ist besser als andere Wirtschaftsordnungen geeignet, die Ziele der Gewerkschaften zu erreichen“ gestrichen und ersetzt wurde durch die Aussage „Die sozial regulierte Marktwirtschaft bedeutet gegenüber einem ungebändigten Kapitalismus einen großen historischen Fortschritt“. Der bayerische ÖTV-Vorsitzende Wendt begründete diese Änderung so: „Wir

wollen durch diese Formulierung deutlich machen, daß inzwischen eine deregulierende Gegenbewegung eingesetzt hat, nämlich hin zum Kapitalismus pur.“

Entsprechend heißt es in der Präambel des neuen Grundsatzprogramms jetzt, es sei „eine prinzipielle und aktuelle Aufgabe der Gewerkschaften, gegen eine Systemwende nach rechts, gegen den Marsch in einen ungezügelten Kapitalismus Widerstand zu leisten“, und an verschiedenen Punkten in der Präambel wurde die Schaffung „gewerkschaftlicher Gegenmacht“ betont.

Wenn von der bürgerlichen Presse in erster Linie der vom DGB-Vorsitzenden angeschlagene „scharfe Ton“ vermerkt wird, so ist von Delegierten zu hören, daß es kein Kongreß „lauter Vorstandspräsenz und flacher Delegiertendebatte“ war, sondern ein Kongreß der sachlichen, lebendigen und freimütigen Aussprache der Delegierten. Schwerpunkte der Debatte waren die Programmpräambel, die Haltung zum Sozialstaat und die Zukunft der Flächentarifverträge. Die Antragskommission unter Leitung von Riester (IG Metall) sei auf Konsensfindung und Bündelung der vorhandenen Kräfte bedacht gewesen. So konnte z.B. der Frauenausschuß noch nie so viele Änderungsanträge durchbringen, und noch aus der Plenumsdiskussion heraus kam es zu Änderungen am Programm.

Im Vorfeld des Kongresses hatten die fünf Gewerkschaften Medien, Handel-Banken-Versicherungen, Erziehung und Wissenschaft, Post und Holz-Kunststoff für eine Verschiebung der Abstimmung über das neue Programm plädiert. Der Vorsitzende der IG Medien Hensche hatte dies vor allem damit begründet, daß an der Gewerkschaftsba-

sis noch kein ausreichender Diskussionsprozeß zum neuen Programm, zu Fragen wie „Umverteilung der Arbeit“, „alternative Arbeitszeitordnung“, „Weg von der Fixierung auf das Normalarbeitsverhältnis“, „Neubestimmung der Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern“, „Dezentralisierung der Gewerkschaften“ stattfinden konnte. Daß trotz dieser Kritik das neue Programm auf Druck der großen Gewerkschaften IG Metall und ÖTV jetzt verabschiedet wurde, wird diesen Diskussionsprozeß nicht aufhalten. Das neue Programm öffnet sich in diesen und anderen Fragen neuen Standpunkten, ein erster Versuch der Neubestimmung des Verhältnisses zwischen kollektiver Interessenvertretung und individueller Selbstbestimmung wird unternommen, „Arbeit“ und „Arbeitnehmer“ werden begrifflich neu und weiter, nicht eingeschränkt auf das Lohnarbeitsverhältnis, gefaßt, die Gewerkschaften öffnen sich entsprechend der Mitgliedschaft von Arbeitslosen.

Das verabschiedete Programm spiegelt offensichtlich eher den Beginn einer neuen programmativen Debatte der Gewerkschaftsbewegung wieder, als daß es als deren Abschluß verstanden werden könnte.

An den hier dokumentierten Pressestimmen kann abgelesen werden, daß die Signale der Programmdebatte und des neuen Programms bei wichtigen Adressaten verstanden werden. Nächstes Jahr soll ein Aktionsprogramm erarbeitet werden, in dem konkretere Anliegen formuliert werden.

Eine Lektüre des neuen DGB-Grundsatzprogramms ist zu empfehlen. Nebenstehend dokumentieren wir hier einige Auszüge aus der Präambel des neuen Programms. (cls)

PRESSESTIMMEN

Handelsblatt, 14.11.96

DGB auf Konfrontationskurs

Geplant war, daß der DGB ... endlich Frieden mit der Sozialen Marktwirtschaft macht. Davon ist nur keine Rede mehr. Die Parole, die DGB-Chef Dieter Schulte am ersten Kongreßtag ausgab, heißt Konfrontation ... Nicht ein moderater Ton fand sich in der Rede Schultes ... Sollte Schultes Eröffnungsrede den Ton des ganzen Kongresses bestimmen, befanden sich die Gewerkschaften endgültig auf dem Weg in die Totaloffensive gegen Bundesregierung und Arbeitgeber. Niemand soll glauben, auf diesem Weg würde ihnen nur eine versprengte Schar von Arbeitnehmern folgen. Sollte es der Politik nicht gelingen, die Gewerkschaften wieder stärker in den Reformprozeß einzubinden, ist ein sozialer

Großkonflikt ... nicht mehr auszuschließen. (Kommentar von Peter Thelen)

die tageszeitung, 14.11.96

Die Gewerkschaften entdecken das Individuum ... Neuer Arbeitsbegriff

Andere Widersprüche verlangen differenziertes Denken, heißt es in dem Vorschlag der Antragskommission. So sollen das „Recht auf Arbeit“ und „Vollbeschäftigung“ auf neuen Wegen verfolgt werden: Das Modell des männlichen Normalarbeiters wird (grammatisch) verabschiedet. Geschlechliche Ungerechtigkeiten sollen beseitigt, die gesellschaftlich „notwendige Arbeit“ neu verteilt werden. Damit wird ein Arbeitsbegriff zum gewerkschaftlichen Programm, der nicht mehr nur Berufarbeit, sondern auch bislang private Arbeit in Familie und Haushalt einschließt. Die Arbeitszeit soll, so der novellierte Entwurf, verkürzt werden. Familien- und Teilzeitarbeit soll es auch für Män-

ner geben. Und auch Arbeitslose, Auszubildende und Pensionierte bekommen das Recht, Gewerkschaftsmitglied zu werden. Der Neuentwurf zeigt, daß sich die Kräfte unter dem Druck der Verhältnisse nach links verschoben haben ... Doch sie haben die Probleme noch nicht konsequent von unten her betrachtet und eine Lösung von schwächsten und zugleich wichtigsten Glied her entwickelt: dem Individuum ... Das ist für die Gewerkschaften ... kein leichtes Umdenken. Doch angesichts offenkundiger Unterlegenheit kann neue Macht der Gewerkschaften nur damit beginnen, sich selbst zu neuem Denken und Handeln zu ermutigen. Die Gewerkschaft kann Raum zur Eigeninitiative und Selbsthilfe sein. Sie kann Hausfrauen, Arbeitslose, Schwarzarbeiter, Fremdarbeiter, Angestellte, Sozialhilfeempfänger organisieren, jeden einzeln 1997 kann man zusammen in Bonn demonstrieren. (Kommentar von Mechthild Jansen)

Aus der Präambel des neuen Grundsatzprogramms

Gewerkschaften vertreten die Interessen der Menschen, die im Arbeitsleben stehen, die eine Ausbildung und Arbeit anstreben, arbeitslos oder im Ruhestand sind.

Sie sind Interessenorganisationen, die ihre Ziele und Forderungen in Auseinandersetzungen mit anderen Interessen, notfalls mit dem Mittel des Streiks, durchsetzen.

Sie wurden gebildet, um durch Zusammenhalt wirksame Gegenmacht gegen Arbeitgeber- und Kapitalmacht zu schaffen und um Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden.

Gewerkschaften sind aber auch gesellschaftliche Organisationen mit einem übergreifenden Gestaltungsauftrag, den sie mit anderen sozialen Bewegungen und politischen Kräften umsetzen.

Die Vision einer lebenswerten Zukunft, in der Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und ökologische Verantwortung gewährleistet sind, leitet unsere Arbeit.

Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der Einkommen, Vermögen und Lebenschancen gerecht verteilt sind.

Wir streiten für die Emanzipation der Geschlechter und für deren Gleichstellung, um eine partnerschaftliche Gestaltung der Erwerbs- und Familienarbeit zu erreichen. (...)

Starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaften sind auch für die Zukunft unserer Gesellschaft unverzichtbar. Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit prägt nach wie vor die wirtschaftliche wie die gesellschaftliche Entwicklung kapitalistisch verfaßter Marktwirtschaften.

Gleichzeitig haben Widersprüche politisches und gesellschaftliches Gewicht bekommen, die nicht auf den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit zurückzuführen sind. Konflikte zwischen den Geschlechtern, zwischen ökonomischer Entwicklung und ökologischer Erneuerung, zwischen zunehmender Globalisierung und ethnischer oder nationalistischer Verengung sind ebenfalls Ursache von Unterdrückung und Unfreiheit, von Abhängigkeit und Ausbeutung.

All dies erfordert differenzierte Erklärungen und macht ein erweitertes Verständnis von gewerkschaftlichem Handeln notwendig.

Die Stärke und die Fähigkeit der Gewerkschaften, Arbeitnehmerinteressen sowohl im Konflikt als auch in Kooperation mit den Arbeitgeberverbänden durchzusetzen, haben die Entwicklung des Sozialstaates und unsere Gesellschaft geprägt sowie zur Festigung der Demokratie beigetragen.

Es mehren sich jedoch die Anzeichen, daß sich der gesellschaftliche Zusammenshalt aufzulösen beginnt. Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlung nehmen zu. Der Konsens, der unsere Gesellschaft über Jahrzehnte geprägt hat und der in unserer Sozialstaatlichkeit zum Ausdruck kommt, droht zu verfallen.

Wenn Teile der Politik und der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände dem Sozialstaat, Arbeitnehmerrechten und dem Flächentarifvertrag grundsätzlich den Kampf ansetzen, ist es eine prinzipielle und aktuelle Aufgabe der Gewerkschaften, gegen eine Systemwende nach rechts, gegen den Marsch in einen ungezügelten Kapitalismus, Widerstand zu leisten.

6.000 Menschen demonstrierten gegen die faschistischen Zentren

Erfolgreiche Demonstration in Wurzen / Zwei Mitglieder von R.O.T.K.Ä.P.P.C.H.E.N. berichten

Am 16. November fand in Wurzen bei Leipzig die Antifaschistische Bündnis-demonstration unter dem Motto „Das Ende der faschistischen Zentren, wie wir sie kennen. Kampf den brauen Zonen – den rechten Konsens durchbrechen! Keine Räume für Faschisten!“ statt.

Die Veranstaltung war von Annelie Buntebach (Bündnis 90/Die Grünen), Stefan Tippach (PDS, MdB), Ulla Jelpke (PDS, MdB) sowie dem Bund der Antifaschisten angemeldet worden.

An der Großdemonstration nahmen über 6.000 Menschen aus circa 75 Organisationen, Gruppen und Parteien aus dem gesamten Bundesgebiet teil.

Trotz Provokationen, wie dem Hissen der Reichskriegsflagge am ehemals von Neonazis besetzten Haus in der Käthe-Kollwitz-Straße und der schwarz-weißen Fahne über dem Landratsamt, verhielten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen sehr friedlich.

In mehreren Redebeiträgen wurde sowohl auf die mehr als 90 bekanntgewordenen faschistischen Übergriffe, de-

ren Akzeptanz in der Bevölkerung, als auch auf das erschreckende Ausmaß der neofaschistischen Formierung im Muldentalkreis eingegangen.

Verantwortliche des öffentlichen Lebens spielten rassistisch motivierte Übergriffe noch immer als „Hilfeschrei“ sozial benachteiligter Jugendlicher herunter, wenn sie sie nicht ganz leugnen. Demgegenüber sollte die Demonstration deutlich machen, daß es sich hier nicht um ein „Jugend-Gewalt-Phänomen“, sondern um eine neue, wirkungsvolle Form neofaschistischer Organisierung handelt.

In diesem Sinne ist die Demonstration als Erfolg zu werten. Die Anwesenheit verschiedenster antifaschistischer und antirassistischer Gruppen und Personen kann als Signal für die Öffentlichkeit gelten, sich offen gegen das Formieren der rechten Szene zur Wehr zu setzen.

Pressemitteilung des Vorbereitungskreises, 16. November 1996



Mumia Abu-Jamal: Wiederaufnahmeverfahren abgelehnt

Der Richter Albert Sabo, der den schwarzen amerikanischen Bürgerrechtler und Journalisten Mumia Abu-Jamal schon 1982 aufgrund gefälschter Beweise wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt hatte, hat das von Abu-Jamal und seinen Anwälten angestrebte Wiederaufnahmeverfahren endgültig als unzulässig abgelehnt.

Daß eine Zeugin, auf deren Aussage

sich die damalige Urteilsbegründung im wesentlichen stützte, diese Aussage inzwischen als falsch widerrufen hat, weil sie diese Aussage damals unter massivem Druck der Polizei gemacht habe, um persönliche Nachteile zu vermeiden, war für Richter Sabo „nicht ausreichend“, um eine neue Verhandlung in der Sache zuzulassen.

Nunmehr liegt die Entscheidung zunächst beim Obersten Gerichtshof des Staates Pennsylvania, nachdem die Rechtsanwälte des Bürgerrechtlers gegen die Ablehnung des Wiederaufnahmeverfahrens durch Sabo Berufung eingelegt haben.

Sollte auch dieses Gericht die Wiederaufnahme ablehnen, bleibt als letztes Mittel nur noch eine Berufung vor dem obersten Bundesgericht, um den Vollzug der Todesstrafe an dem Journalisten abzuwenden.

Telegramme und Schreiben können gerichtet werden an:

- Tom Ridge, Gouverneur von Pennsylvania, Main Capitol Building Room 225, Harrisburg, PA-17120 USA.
 - An den Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes von Pennsylvania, Widener Building, One South Penn Square, Philadelphia, PA-19107 USA.
 - Präsident William Clinton, 1600 Pennsylvania Avenue, N.W. Washington D.C. 205 000 USA.
- (aus: UZ)



Bericht von der Demonstration von Jens und Ulf (R.O.T.K.Ä.P.P.C.H.E.N.):

Nach einer unglaublichen Vorbereitung durch das Bündnis gegen rechts, das von Leipzig aus seine Informationen und die ca. 30 Veranstaltungen in anderen Städten vorbereitete, um Aufklärung über die derzeitige, für Antifas unvorstellbare Situation des braunen Terrors im Muldentalkreis zu geben, kann Frau oder Mann den Organisatoren nur noch ein großes dickes Lob aussprechen.

Am 16. November 1996 hat eine antifaschistische Demonstration mit über 6.000 Menschen, wir müssen es gleich noch mal sagen, ja über 6.000 Menschen in Wurzen stattgefunden.

Als wir ankamen, Mann und Frau höre und staune ohne Vorkontrolle, war der Bahnhofsplatz schon ziemlich voll. Und es war kaum zu glauben, es wurden immer mehr entschlossene und Zielbewußte AntifaschistInnen, die genau wußten, was sie hier wollen. Jedes mal, wenn neue TeilnehmerInnen mit der S-Bahn oder dem Bus anreisten, wurden sie lautstark begrüßt.

Der Beginn der Demonstration verschob sich leider, warum eigentlich leider, ist doch ganz normal, nach hinten, weil immer noch TeilnehmerInnen im Stau oder in Vorkontrollen der Römer aufgehalten wurden. Nachdem dann der böse Wolf, oder vielleicht doch besser die Römer, alle unsere Schäfchen weiterfahren ließen, konnte es endlich losgehen. Die Römer, die am Anfang noch die Zähne fletschten und mit ihren so sinnvollen Sprüchen wie: keine Vermummung, keine Seitentranspis, nicht popeln, alle Schnürsenkel zu, wurden in Anbetracht der ständig wachsenden Menge immer blasser und blasser und hielten zum Schluß einen respektvollen Abstand, weil ihr Kräfteverhältnis bestimmt nur auf 3.000 Menschen ausgerichtet war.

Mit Verspätung ging die Demonstration jetzt endlich los, es formierten sich Ketten, so daß ein riesiger schwarzer Block entstand mit einem kleinen süßen Farbtupfer hinten dran, dem PDS Familienblock. Nun konnte die lautstarke, kraftvolle, kämpferische, konsequente und lustige Demonstration gegen die braune Zone im Muldentalkreis beginnen.

Die Straßen waren spärlich von Wurzener BürgerInnen gesäumt. Ob aus

Sympathie oder Neugier, war leider nicht zu erkennen. Die Faschos und ihre Drahtzieher sowie die einheimischen Politiker waren nicht zu sehen. Dies war auch das Beste für sie, ihren arischen Mut hinter den Gardinen oder an den Scheiben zum Ausdruck zu bringen. Die antifaschistische Demonstration in Wurzen, zum Wachrütteln der Bevölkerung, zum Wachrütteln des gesamten Muldentalkreises ist nach unserer Beurteilung gut gelungen.

Ob es was gebracht hat, wird die Zeit zeigen. Die Demo kann auch nur der Anfang von einer weiteren kontinuierlichen antifaschistischen Arbeit sein. Sie ist unserer Meinung nach nur der Punkt am gesamten Konzept.

Jetzt im Nachhinein muß versucht werden, über verschiedene andere Möglichkeiten alternative Lebensformen und Kulturen wieder zu beleben.

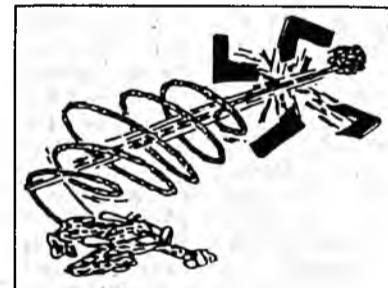
Kein Fußbreit den Faschisten und Rassisten! Wir werden das nicht dulden! – Wurzen erschütterte, unter 6.000 antifaschistischen DemonstrantInnen, die Stadt schien zu bebauen, man hörte immer wieder Sprechchöre, gegen die Ignoranz der BürgerInnen und der Politik der Bundesregierung. Selbst der Letzte und natürlich nicht zu vergessen Herr

Pausch, CDU-Bürgermeister, der einige Tage vor der Demonstration immer noch nichts von einer faschistischen Gefahr mitbekommen hatte, müßte jetzt eigentlich gemerkt haben, was hier im Muldentalkreis so los ist.

Was der Herr Bürgermeister von der CDU (Da fällt mir die Frage ein: „Hätte Jesus CDU gewählt?“) gut verstanden hatte, war das Panikmachen. So hatten alle Läden, Gaststätten, Tankstellen, Imbißbuden und andere Sachen schon seit dem frühen Vormittag geschlossen. Selbst schuld die Privaten, denn einige von ihnen hätten das Geschäft ihres Lebens machen können.

Wir hoffen, daß die Menschen im Muldentalkreis durch diese entschlossene Demonstration vielleicht neue Kraft bekommen haben und sie nicht dieselbe Ausrede mal benötigen, die schon Millionen andere Deutsche benutzt haben: „Wir haben von all dem nichts gewußt.“

Denn es heißt nicht umsonst, wer schweigt stimmt zu! Und nicht zu vergessen: Nicht nur Paulchen Panther, sondern auch wir haben uns auf die Fahnen geschrieben: „Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder, keine Frage.“





Karikatur des (konservativen) Corriere della Sera zur Demonstration der Rechten in Rom. Fini (Alleanza nazionale): Heute bringen wir mehr als 500.000 gegen das Haushaltsgesetz auf die Straße. Berlusconi (Forza Italia): Und alle bitteschön in Zweireiher, mit Krawatte und Rolex.

Eine Reihe großer, ganz unterschiedlicher Demonstrationen hat Italien innerhalb von zwei Wochen erlebt: Am 9. November demonstrierten in Rom unter den Fahnen der Rechtsparteien Alleanza nazionale und Forza Italia ca. 400.000 bis 500.000 gegen die „Mitte-Links-Regierung“ des Ministerpräsidenten Prodi. Am selben Tag kamen ca. 150.000 bis 200.000 Menschen nach Neapel zu einer landesweiten Kundgebung von Rifondazione comunista für eine energische staatliche Beschäftigungspolitik und gegen die Auflösung der Schutznormen der Arbeit. Am folgenden Wochenende, am 17. November, demonstrierte die Lega Nord in Mailand (nach Angaben der städtischen Polizei 50.000 bis 80.000, nach der frechen Übertreibung der Lega das Zehnfache) für die Abspaltung des italienischen Nordens als neues „Padanien“. Schließlich kamen am Freitag, den 22.11., also an einem Werktag, ca. 300.000 Metallbeschäftigte zu einer Kundgebung der Metallgewerkschaften für neue Einkommenstarife nach Rom.

Unübersehbar spitzt sich die Auseinandersetzung um den Kurs der Regierungspolitik und um das Tarifvertragswesen im Hinblick auf die anstehende europäische Währungsunion zu. Keine der großen politischen und sozialen Kräfte stellt diese Währungsunion grundsätzlich in Frage. Die politische Rechte fordert eine radikal marktwirtschaftliche Ausrichtung und Deregulierung und will dabei nach der Wahlniederlage vom April wieder in die Offensive kommen. Aber auch auf der Seite der Arbeit formiert sich Widerstand.

Die Regierung Prodi mit der Linksdemokratischen Partei (PDS) als stärkster Kraft der Regierungsmehrheit hat das Haushaltsgesetz 1997 mit Einsparungen und Einführung einer neuen Steuer durchgesetzt. Entgegen der Wahlkampfaussage, die Steuern nicht zu erhöhen, hat Prodi eine neue Europa-Abgabe eingeführt, mit deren Hilfe der italienische Staatshaushalt so konsolidiert werden soll, daß Italien die Stabilitäts-

Heftiger Kampf um die Haushaltspolitik und um die Tarifverträge

Große Demonstrationen in Italien / In Neapel demonstrierten 150.000 Menschen gegen Armut und Arbeitslosigkeit

kriterien erfüllt und von Anfang an bei der Währungsunion dabei ist. 11.500 Mrd. Lire (11,5 Mrd. DM) sollen darüber eingenommen werden. Der größte Teil davon über einen progressiven Zuschlag auf die Einkommensteuer (nur für natürliche Personen, nicht für Unternehmen). Ausgenommen sind Jahreseinkommen aus abhängiger Arbeit unter 20 Mio. Lire (20.000 DM) und Renten sowie Einkommen aus selbständiger Arbeit, Immobilien und Kapital unter 10 Mio. Lire. Gestritten wird um den Umfang einer späteren Rückerstattung.

Rechtsparteien mobilisieren die Mittelklassen gegen Steuern

Fini von der Alleanza nazionale und Berlusconi mit seiner Forza Italia haben vor allem gegen eine angebliche „Steuerdiktatur“ mobilisiert. Sie verlangen die radikale Senkung der Steuern und darüber – allerdings unausgesprochen – die radikale Zerschlagung der staatlichen Sozialhaushalte. Sie haben es in erheblichem Ausmaß geschafft, die Unzufriedenheit der verschiedenen Mittelklassen – leitendes Personal, höhere Staatsbeamte, Händler und Handwerker, kleinere Unternehmer – mit der Steuerfrage zu bündeln. Beide Parteien operieren dabei arbeitsteilig. Forza Italia tritt radikal marktwirtschaftlich auf, die Faschisten von der Alleanza nazionale, die in der Mitte und im Süden den stärksten Anhang hat, steuert sozialdemagogische Elemente bei. So hieß es z.B. auf AN-Transparenten in Rom, die Linken an der Regierung flirteten mit dem Weltkapitalismus und hätten den italienischen Süden vergessen.

Lega: Tempo bei der Sezession des reichen Nordens

Auch die Lega Nord versucht, bis zum Beginn der Währungsunion Fakten zu schaffen und die Sezession des sogenannten „Padaniens“ von Piemont, über die Lombardei, Venetien bis zum Friaul und Triest voranzutreiben. Nachdem ihre Kundgebung entlang dem Po am 15. September, mäßig ausgefallen und dennoch der Aufbau paralleler „padanischer“ Staatsstrukturen proklamiert worden war, will Parteichef Bossi Tempo machen. Von vornherein sollen zwei Staaten, Italien und „Padanien“, der Währungsunion beitreten. Eine „Volksabstimmung“ am 23. März 1997 soll eine Entscheidung über die Unabhängigkeit erzwingen.

Gleichzeitig entwickelt die Lega-Politik zunehmend Züge von Gleichschaltung. So hat Bossi die lohnabhängigen Anhänger der Lega aufgerufen, aus den Gewerkschaften aus- und der eigenen gelben „padanischen“ Gewerkschaft beizutreten. Bislang folgt aber kaum wer diesem Aufruf. Die Lega-Ideologie, die keine Klassen mehr, sondern nur noch arbeitende „Padanier“ kennt, stößt hier an Grenzen.

Rifondazione comunista:
Marsch für Arbeit

1993 hatten Regierung, Unternehmerverband Confindustria und die drei Gewerkschaftsbünde eine Vereinbarung getroffen, mit der die früheren Tarifbewegungen ersetzt wurden. An die Stelle von regelmäßigen Forderungen, Verhandlungen, Arbeitsniederlegungen und Kundgebungen der Gewerkschaften traten vierjährige Manteltarifverträge sowie zweijährige Einkommenstarife, die sich in der Höhe nach der „programmierten Inflation“, also den Vorgaben und Erwartungen der Regierung, zu richten hatten. Nach zwei Jahren war zu überprüfen, ob die tatsächliche Teuerung mit der „programmierten“ übereinstimmte. Falls nicht, waren die Tarife für die folgenden zwei Jahre anzupassen.

Eben diese Anpassung verweigert jetzt der Metallindustriellenverband Federmeccanica. Die drei Metallgewerkschaften fordern dafür 262.000 Lire (262 DM), Federmeccanica will 120.000 Lire zugestehen. Zur Begründung erklären die Metallindustriellen, aus ihrer Sicht sei die reale Teuerung bereits abgedeckt, die Gewerkschaftsforderung treibe die Teuerung von 2,7 auf 4 bis 5%. Die Gewerkschaften fordern die Einhaltung der Regelung von 1993 und eine Intervention der Regierung als drittem Unterzeichner. Für den Fall, daß die Gegenseite nicht einlenkt, ist für den 13.



Auf der Abschlußkundgebung des „Marsches für Arbeit“ in Neapel

Arbeit“ sozialen Widerstand und will damit der linke „Stachel im Fleisch der Regierung“ sein.

Die Metaller in Rom: Teuerungsausgleich und Tarifvertrag!

Die Arbeitsniederlegung und Demonstration der Metaller in Rom für neue Lohn- und Gehaltstarifverträge war die erste solche Aktion seit Jahren. Im Juli

Dezember ein einstiger Generalstreik angekündigt.

Der Knebelungspakt von 1993 sollte Arbeitskämpfe für tarifliche Einkommen unterbinden. Jetzt gehen die Metallindustriellen einen Schritt weiter, wollen nicht einmal mehr die Teuerung ausgleichen und selbst die Branchentarife in Frage stellen. Es bleibt gar nichts anderes übrig, als wieder zu Arbeitskampfmaßnahmen zu greifen. (rok)

Nachdem die „menschelnde“ Anteilnahme für die Flüchtlingsströme am Kivu-See zwischen Rwanda, Burundi, Zaire – ordentlich durch die Medien gepuscht – wieder versiegt ist und zuletzt selbst den Meldungen des UNHCR kein Glauben mehr geschenkt werden konnte, wäre es Zeit, sich auf die inzwischen überaus deutlich gewordenen Interessen der ehemaligen Kolonialregimes in dieser Region zu beissen.

Die Geiselnahme der Flüchtlinge ist vorbei. Wer half den Tätern?

Der Version, daß sich seit zwei Jahren hunderttausende von Flüchtlingen im Osten Zaire aufhalten müssten, weil ihnen die bösen „Tutsi“ die Rückkehr unmöglich machen würden, sollte nunmehr kein Glauben mehr geschenkt werden können. In einem offenbar taktisch durchgeplanten Angriff auf die hinter diesen Flüchtlingen errichteten militärischen Positionen der insbesondere von Frankreich gestützten „Hutu“-Milizen brach dieses Märchen zusammen; der Eindruck bleibt zurück, daß hier zahllose Menschen als Geiseln gehalten wurden, gedeckt von westlichen (westeuropäischen) Interessen und Mobutus Machthabsessionen gegenüber Zentralafrika, nicht zuletzt auch von Hilfsorganisationen.

Bisher unbekannte Waffenlieferungen an die Hutu-Milizen ...

Einige dieser NGO's hätten noch einige Erklärung dafür zu geben, was sie denn in den letzten zwei Jahren in den Lagern der „Hutu“-Milizen gemacht haben und warum sie die Augen vor der Realität verschlossen haben, incl. das IKRK und UNHCR. Rein humanitäre Interessen werden auch sie nicht verfolgt haben können. Wußten sie nicht von den taktisch auch von Mobutu genutzten Milizen, von den an diese – auch über Zaire! – gerichteten Waffenlieferungen (wie auch jetzt erst bekannt wird! – allein England lieferte für 8 Mio. DM), wußten sie nicht von der plündernden zairischen Soldateska?

Die Frage, wie diese Version über zwei Jahre lang gehalten werden konnte, kann man nur beantworten, wenn die Interessen westlicher Mächte und Medien an diesen Entwicklungen beschrieben werden. Für letztere taucht der gesamte Kontinent heute bestens auf, wenn Skandale, Erdbeben und Hungersnöte zu vermelden sind. Allenfalls erinnert man sich noch an die „gescheiterte“ Invasion in Somalia und will keine neue, derartige Schmach einstecken wollen.

... und eine geplatzte Intervention der WEU, Frankreichs und anderer

Die in den letzten Wochen hin- und hergewendete Frage einer „humanitären“ Intervention in diesen Teil Zaire's sollte unter dem mediengerecht verpackten Zeichen der reinen Menschlichkeit stehen: „friedenserhaltende Maßnahmen“. Inzwischen beharrt allein Frankreich auf dieser Intervention, möchte dafür aber die Rückendeckung Europas haben – und das aus durchsichtigen Gründen: sie möchten die Region mit internationaler Hilfe für sich stabilisiert sehen. Ein schwerer Schlag ist die Absage an die Interventionstruppe für die Westeuropäische Union (WEU), den „bewaffneten Arm der Europäischen Union“ (FAZ). Kinkel hatte betont, ein solcher Truppeneinsatz (sei) notwendig. Man konnte schon lesen: „Die Westeuropäische Union schickt sich an, in der Weltpolitik ein Wörtchen mitzureden. In der Tat ist es Zeit, die Verantwortung für Frieden und Stabilität keineswegs al-

lein in Europa, sondern weltweit richtig wahrzunehmen.“

Frankreich hat seine geostrategischen Interessen in der Region mit den reaktionärsten Kräften, Zaires Diktator Mobutu und den Hutu-Extremisten, verbunden. Schon 1994 hatte Paris zunächst die Mord-Milizen der Hutus in Ruanda mit Waffen versorgt.

Heute würde sich dies schlecht machen, wenn sie erneut mit brachialer Gewalt auftreten, insbesondere haben sich die jetzige Regierung von Ruanda und

ionalen Kräften wie N. Nkrumah, Neto, Senghor, Kaunda, Mandela etc. – auftrat, kabelte die CIA-Station nach Washington: „Botschaft und (CIA)Station gehen davon aus, daß im Congo klassische kommunistische Positionen die Oberhand bekommen haben. Lumumba macht den Weg für anti-westliche Kräfte frei; es bleibt nur wenig Zeit, ein zweites Cuba zu verhindern.“ (18.8.60). Durch einen belgischen Söldner wurde Lumumba ermordet, Mobutu wurde – auch gegen den Befreiungskampf in

Rebellion im Osten Zaires 1964/65. Die Weggefährten des ermordeten Ministerpräsidenten Patrice Lumumba hatten sich zur Volksbefreiungsfront zusammen geschlossen und anfangs drei Viertel des Landes erobern können. Nach der militärischen Niederlage im Herbst 1965 zogen sich zahlreiche Rebellengruppen in abgelegene Regionen im gesamten Osten des Landes zurück. Der Osten des Landes galt dadurch als klassische Oppositionsregion gegen die Diktatur Mobutus, die Rebellengruppen machten jedoch kaum von sich reden und waren bisher ohne großes politisches oder militärisches Gewicht. Kabélé will Zaire von Mobutu befreien. „Außer wenn sich die Weltmächte wieder einmischen, werden wir kämpfen und diesmal gewinnen. Zaire hat bisher keine einzige Rebellion ohne Intervention der westlichen Mächte, vor allem Frankreichs und Belgiens, niedergeschlagen.“

Seine Truppen beherrschen bereits eine 300-Kilometer-Zone im Osten Zaires. Nun sind die Flüchtlinge nicht mehr im Weg. Oberstes Ziel sei es, Mobutus Heimatstadt Gbadolite im hohen Norden des Landes einzunehmen, die rund 2.000 Kilometer entfernt und durch dichten Regenwald von Bukavu getrennt ist.

Der zairische Diktator hatte in den siebziger Jahren seinen Geburtsort zu einer Retortenstadt ausbauen lassen, die er in den letzten Jahren kaum mehr verließ, wenn er nicht gerade auf Europatournee war.

Zu dieser Herausforderung verhält sich die bisherige hauptsächlich in Kinshasa in Erscheinung getretene zairische Opposition völlig unklar. Während der MNC/L und PALU sich jeweils auch auf Lumumba berufen, noch auf die, schon zweimal verschobenen, für Mai 1997 geplanten Wahlen vertrauen, um Mobutu zu stürzen, sitzt die andere, größte Oppositionspartei schon wieder mit Mobutu zusammen. Tshisekedi von der UDPS traf sich am 21.11. mit Mobutu in seiner Ferienvilla bei Monaco und einigte sich mit ihm – sehr zum Erstaunen der UDPS in Europa – auf eine „nationale Versöhnung“. Auch diese ist schon seit 1991 angebräumt worden – bislang ohne Ergebnis.

Zeitgleich äußerte sich noch der Exilvertreter der UDPS, J. Motombo, gegen die Intervention und für „diplomatische und friedliche Mittel“ aus sprach: „Wenn es eine handlungsfähige Regierung gäbe, wäre diese Frage lösbar.“ So unterschiedlich also sind ihre Ansichten zur Bedeutung der Regierung in Kinshasa!

Eine Frage wird deshalb sein, ob die Unterstützung (vor allem der lumumbistischen) Oppositionsparteien in der Hauptstadt für die ADLF erreicht werden kann. Der MNC/L im Exil behauptet, die Bewegung zu unterstützen, kann aber nicht erklären, wie sie aussieht.

Unabhängig von dieser Frage wären noch ein paar Klarheiten zu schaffen: Human Rights Watch/Africa will die sofortige Veröffentlichung des Berichts der UN-Kommission über die Waffenlieferungen. Es liegt eine Untersuchung vor, die bislang nur bruchstückhaft bekannt geworden ist. Ebenso reklamiert die Organisation, daß die internationale Gemeinschaft bislang nicht imstande war, die an dem Genocid in Rwanda beteiligten Personen vor das Internationales Tribunal zu bringen. Auch wurde von dieser Seite bislang versäumt, z.B. den Colonel Theonest Bagosora (derzeit in Kameroun), vor das Tribunal in Arusha zu bringen; dieser wird als wichtiger Drahtzieher der ethnisch legitimierten Morde angesehen. Die UN hätte bislang auch keine Initiative unternommen, um die Ereignisse in Burundi zu untersuchen, obwohl der Auftrag besteht. (cm)

Imperialistische Strategien in Afrika

Die „humanitäre Intervention“ sollte in Wirklichkeit den westlichen Einfluß in der Region stabilisieren. Die Opposition in Zaire wird stärker.



die ADLF von Anfang an gegen solche „Schutztruppen“ ausgesprochen, weil sie einzig eine erneute Destabilisierung als deren Folge befürchten.

Anders als gegenwärtig die USA sind die alten Kolonialmächte Afrikas (zu denen auch Deutschland gehört!) bestrebt, ihre Vorteile in Afrika zu sichern. Belgien, Spanien, Portugal, Frankreich und Deutschland machten die Grenzen auf der Berliner Konferenz 1884 unter sich aus, dort wurde auch der Congo geteilt. Unter Belgien Leopold II wurden Millionen von CongoleseInnen ermordet, Belgien kassierte den mörderischen Profit. Dies dauerte bis Anfang der 60er Jahre. Inzwischen war auch Afrika in die west-östliche Globalisierungsanalyse gerutscht.

Als der Schwarzafrikaner Patrice Lumumba – zusammen mit anderen antikö-

Angola- eingesetzt. 30 Jahre später entdeckt die US-Presse plötzlich, wie repressiv Mobutu in seinem Land regiert hat.

Opposition in Zaire – in der Tradition Lumumbas

Auf Lumumba bezieht sich auch der jetzige Führer der ADLF (Allianz der Demokratischen Kräfte zur Befreiung des Congo-Zaire), Laurent Kabila, ein „altbekannter, wenn auch bisher erfolgloser Rebell“ (SZ, 15.11.96). Er sei schon mit Che Guevara an der Mulele-Revolution in den 60er Jahren beteiligt gewesen. (Pierre Mulele führte bis 1968 die PRP – revolutionäre Partei des Volkes – und wurde grausam ermordet.)

Laurent Kabila (57) war ein weiterer politischer Führer der lumumbistischen

Himmelschreiender Überfluß und großes Elend

Fidel Castro benannte in Rom Kapitalismus und Kolonialismus als Ursachen des Hungers auf der Welt

Einen Höhepunkt des Weltentwicklungs- gipfels der Vereinten Nationen in Rom bildete vergangenen Sonnabend die Rede des kubanischen Präsidenten und Revolutionsführers Fidel Castro. In seiner mit großem Beifall begleiteten Ansprache bezeichnete er den Hunger als Folge der sozialen Spaltung der Welt. Nachfolgend die siebenminütige Rede im vollen Wortlaut. (aus „junge welt“):

Der Hunger, unzertrennlicher Wegbegleiter der Armen, ist ein Produkt der ungleichen Verteilung des Reichtums und der Ungerechtigkeiten auf dieser Welt. Die Reichen kennen keinen Hunger.

Der Kolonialismus ist einhergegangen mit Unterentwicklung und Armut, unter denen heute ein Großteil der Menschheit zu leiden hat. Ebenso geht er einher mit himmelschreiem Überfluß und Verschwendungen in den Konsumgesellschaften der alten Metropolen, die einen Großteil der Länder dieser Erde ausgeplündert haben.

Für den Kampf gegen Hunger und Ungerechtigkeit sind weltweit Millionen von Menschen gestorben. Welche Heilpflasterchen werden wir einsetzen, damit es in 20 Jahren 400 Millionen anstatt 800 Millionen Hungernde gibt? Eine solche Zielmarke ist allein aufgrund ihrer Bescheidenheit eine Schande.

Wenn Tag für Tag 35 000 Menschen verhungern, die Hälfte davon Kinder, warum werden dann in den entwickelten Ländern ganze Haine von Olivenbäumen abgeholt, Vieherden geschlachtet und riesige Summen ausgegeben, um die Ackerböden brachliegen zu lassen?

Wenn die Welt sich mit Recht über Unglücke, Natur- oder Sozialkatastrophen empört, durch die Hunderte oder Tausende von Menschen ums Leben kommen, warum empört sie sich nicht ebenso über diesen Völkermord, der täglich vor unseren Augen geschieht? Es werden Interventionstrupps aufgestellt, um den Tod Hunderttausender von Menschen im Osten Zaires zu verhindern. Was tun wir, um zu verhindern, daß Monat für Monat eine Million Menschen in der übrigen Welt sterben?

Kapitalismus, Neoliberalismus, die Gesetze eines ungezügelten Marktes, Auslandsverschuldung, Unterentwicklung, ungerechte Austauschverhältnisse sind verantwortlich für den Tod so vieler Menschen auf der Welt.



Titelblatt der neuesten Ausgabe von „Cuba Libre“, der Zeitschrift der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Das Einzelheft kostet 6.- DM, ein Jahresabo 20 DM. Bezug: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Zölpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. / Fax 0221-24 05 120

Warum werden jährlich 700 Milliarden Dollar für Militärausgaben eingesetzt und nicht ein Teil dieser Ressourcen darauf verwendet, um den Hunger zu bekämpfen und gegen die Verschlechterung der Böden, die Verstepfung und Abholzung von Millionen von Hektar Wald pro Jahr, die Erwärmung der Erdatmosphäre und den Treibhauseffekt vorzugehen, der zu einem gehäuften Auftreten von Wirbelstürmen führt und Regenfälle entweder ausbleiben oder zu stark werden läßt, um die Zerstörung der Ozonschicht und weitere Naturereignisse zu verhindern, die die Nahrungsmittelproduktion und das Leben des Menschen auf der Erde gefährden?

Die Gewässer werden verschmutzt, die Atmosphäre wird vergiftet, die Natur wird zerstört. Es geht nicht nur um mangelnde Investitionen, fehlende Bildung und Technologie oder um das rasche Bevölkerungswachstum. Es geht darum, daß sich die Umweltbedingungen ständig weiter verschlechtern und die Zukunft zunehmend aufs Spiel gesetzt wird.

Warum werden nach dem Ende des Kalten Krieges immer ausgeklügeltere Waffen produziert? Wozu will man diese Waffen überhaupt, wenn nicht, um die Welt zu beherrschen? Wozu diese gadenlose Konkurrenz um den Verkauf von Rüstungsgütern an unterentwickelte Länder, die dadurch nicht mehr Macht zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit erhalten und in denen der Hunger das einzige ist, das es aus dem Weg zu räumen gilt.

Warum wird diese verbrecherische Politik außerdem noch durch absurde Blockaden ergänzt, die sogar Nahrungsmittel und Medikamente einschließen, um so ganze Völker durch Hunger und Krankheit zu töten? Wo bleibt die Ethik, die Rechtfertigung, die Achtung der elementarsten Menschenrechte, der Sinn einer solchen Politik?

Möge die Wahrheit herrschen und nicht Heuchelei und Lüge. Machen wir uns bewußt, daß in dieser Welt Hegemoniebestrebungen, Arroganz und Egoismus ein Ende haben müssen.

Heute schlägt die Stunde denen, die Tag für Tag an Hunger sterben. Morgen wird sie der gesamten Menschheit schlagen, wenn sie nicht willens, fähig oder in der Lage ist, weise genug zu sein, um sich selbst zu retten.



Anlässlich des Gipfeltreffens des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsrates (APEC) am 24./25.11. versuchte die philippinische Regierung, kritische Stimmen mundtot zu machen. Wenige Tage vor der Eröffnung der Konferenz wurde der Vorsitzende der Gewerkschaft „Philippinische Arbeitsolidarität“ (BMP) vom Militärgeheimdienst festgenommen. Zusammen mit zwei anderen Gewerkschaften hatte die BMP zu einem Gegengipfel unter dem Motto „Solidarität der Gewerkschaftsbewegung gegen APEC — SLAM APEC!“ aufgerufen. An dem Gegengipfel nahmen Gewerkschaften aus dem asiatisch-pazifischen Raum teil, es gab zahlreiche Protestaktionen. Manila ist voller Plakate mit dem Slogan „SLAM APEC — SLAM EVIL!“ (Zerschlägt APEC, zerschlägt das Übel!). Auf der APEC-Konferenz soll ein Aktionsplan zur Schaffung einer Freihandelszone verabschiedet werden, in der ohnehin spärlichen Gewerkschaftsrechte gänzlich verschwinden sollen.

Kroatien: Protest gegen Zensurversuche

Mit einer spontanen Demonstration protestierten Tausende in der kroatischen Hauptstadt Zagreb gegen die Schließung des kritischen Radiosenders „101“ durch den kroatischen Medienrat. „Radio 101“ hatte sich für kroatische Verhältnisse relativ kritisch mit der Politik der Regierung Tudjman auseinandergesetzt. Der Medienrat entzog dem Sender deshalb die Lizenz. Neuer Lizenznehmer sollte Radio Globus 101 werden, dessen Besitzer die Regierungspartei HDZ ist. Nach den heftigen Protesten hat der Medienrat vorläufig den Lizenzentzug rückgängig gemacht.

Simbabwe: Streiks gegen IWF-Programm

Mit Streiks reagieren seit Wochen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen das von der Regierung umgesetzte IWF- und Weltbank-Diktat. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbandes wurde vorübergehend festgenommen, Streiks und Demonstrationen von der Polizei auseinandergesetzt. Jetzt patrouilliert Militär in den Straßen der Hauptstadt Harare. Unzufrieden sind die Beschäftigten über die Anhebung der Löhne um 3%. Denn gleichzeitig genehmigten sich Parlament und Regierung eine Erhöhung ihrer Saläre um 45%. Die Gewerkschaften fordern 22% mehr Lohn, um die Inflationsrate aufzufangen. Die ersten Streikaktionen begangen im August, als die Regierung aufgrund der Forderung von IWF/Weltbank massive Entlassungen im öffentlichen Dienst durchführte.

Polen: Deutsches Interesse an polnischen Wertpapieren

Bis zum Stichtag 22. November konnten in Polen ein Wertpapier gekauft werden, das sog. „Allgemeines Beteiligungszeugnis“, daß den Inhaber zum Mitbesitzer von etwa 500 Großbetrieben macht. Das Ganze ist Teil eines umfassenden Privatisierungsprogramms in Polen. Auffällig war, daß offenbar massenhaft Wertpapiere von Deutschen aufgekauft wurden. So berichtet die Zeitung „Wieczór Wybrzeża“ aus Gdansk, zwischen Polen und der BRD sei ein Kuriertdienst eingerichtet worden, der Tausende dieser Papiere über die Grenze bringe. Es gebe Adressen in Hamburg,

Berlin und München, wo die Kurieri e ihre Wertpapiere abliefern. Polnische Grenzpolizisten bestätigten, daß bereits seit Monaten ein solcher Transfer stattfindet. Offiziell ist der Vorgang legal. Es dürfen Devisen zwar nur in Höhe von 5.000 ECU ausgeführt werden. Das Wertpapier zählt aber nicht als Devise. In Polen wird jetzt die Frage gestellt, wer in der BRD ein Interesse an den Wertpapieren hat, zumal die Papiere anonym gekauft wurden.

Ecuador: 1. Runde an Texaco

Quito, 15.11., Poonal. — Ein US-Gericht hat beschlossen, den Prozeß gegen die Ölgesellschaft Texaco wegen Umweltschäden in Ecuador einzustellen. Das Verfahren war von 112 Huaroni-Gemeinden im ecuadoreanischen Amazonasgebiet angestrengt worden. Das Hauptargument des Richters beruhte auf der Tatsache, daß die Behörden Ecuadors eine Verhandlung auf ihrem Territorium erbetteten haben. Dementsprechend machte Luis Yanza vom Bündnis für die Verteidigung des Amazonas den ehemaligen ecuadoreanischen Botschafter in den USA, Edgar Terán Terán für die Einstellung des Prozesses verantwortlich. Die Texaco verließ das Amazonasland nach 28jähriger Ausbeutung der Ölviertel. Zurück blieben unzählige ökologische und soziale Schäden in der Zone. Die Indigenas fordern von dem Konzern eine Entschädigung von 8 Millionen \$. Sie wollen weiter gegen die Texaco vorgehen.

Israel: Gericht erlaubt Folter

Nach einem Urteil des Obersten Gerichtshof in Israel darf der Inlandsgeheimdienst Palästinenser mit körperlicher Gewalt zu Aussagen zwingen. Der Geheimdienst legte dem Gericht Informationen vor, wonach zwei Palästinenser Kenntnisse über geplante Anschläge besitzen. Weltweite Empörung über das Urteil folgte. Der Anti-Folter-Ausschuß der Vereinten Nationen kritisierte das Urteil und sieht es als Freibrief für Folterungen. Wieviel ein palästinensisches Leben vor einem israelischen Gericht wert ist, wurde durch Gerichtsbeschuß jetzt auch festgestellt. Vier israelische Soldaten wurden für das Erschießen eines Palästinensers vor drei Jahren von einem Militärgericht zu einer Strafe von einer Augura, das sind 0,5 Pfennig verurteilt. (hav)

Anhörung der Grünen NRW „Gegen das Vergessen“

Die Grüne Landtagsfraktion hat in der Anhörung „Gegen das Vergessen“ wichtige Organisationen und Institutionen, die sich um eine gesellschaftliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von der Nachkriegszeit bis heute bemühen, zu einer kritischen Bilanzierung ihrer Ziele und Arbeitsbedingungen zusammengebracht.

Für die VVN-Bund der Antifaschisten und Antifaschisten sprach ihr Landesvorsitzender Jupp Angenort. Er wies in seinem Statement u.a. darauf hin, daß es in NRW ein geradezu klassisches Beispiel für den Versuch gibt, die Nazizeit und ihre Verbrechen aus dem öffentlichen Leben auszublenden.

Villa Merländer

Die Gedenkstätte Villa Merländer in Krefeld, eine der zehn offiziellen Gedenkstätten des Landes, ist auf Beschuß der CDU-Mehrheit der Stadt – dem Wesen der Sache nach – beseitigt worden. In das ehemalige Wohnhaus eines jüdischen Seidenfabrikanten, der am 22. September 1942 im KZ Treblinka vergräbt wurde, und das zur Dokumentations- und Gedenkstätte gestaltet worden war, wurde eine Abteilung des Kulturamtes der Stadt einquartiert.

Die CDU argumentiert damit, daß gespart werden müsse. Die Villa Merländer ist von der Stadt schon bis zum Jahre 2019 vertraglich fest gemietet. Bei der Nutzung der nun ehemaligen Gedenkstätte durch eine Abteilung des Kulturamts werden pro Jahr höchstens 12000 DM eingespart. Es gab das Angebot von sechs Krefelder Vereinen und Verbänden, die 12000 DM für die nächsten Jahre aufzubringen. Auf dieses Angebot hat die CDU in Krefeld nicht reagiert.

Die Gedenkstätte paßt nicht in den Kram derjenigen, die der Auffassung sind, daß die „Normalität“ wieder in Deutschland einzischen müsse. Eine „Normalität“, die sich auch darin ausdrückt, daß wieder Großmachtpolitik praktiziert werden soll, mit dem Risiko auch militärischer Konflikte. Zu dieser Entwicklung darf man nicht schweigen. Die demokratische Öffentlichkeit ist

aufgerufen, zu fordern und durchzusetzen, daß die Villa Merländer als Denkstätte und Dokumentationszentrum – so wie sie war und wirken konnte – wieder eingerichtet wird.

Mörder wie Priebe und Malloth

Daß es sowohl im Falle Malloth wie im Falle Priebe nicht mit rechten Dingen zugeht, förderte das Hearing mit Wissenschaftlern, Erziehern und Verbandsvertretern zu einem breiten Spektrum von historischen, pädagogischen, politischen und juristischen Fragestellungen erneut zu Tage. Dabei wurde im Fraktionssaal der SPD – der Saal der Grünen faßte nicht die Masse der angereisten Interessierten – zweierlei deutlich:

Es waren ehemalige Nazis in hohen Rängen der Justiz und Polizei auch in Nordrhein-Westfalen tätig, es waren jedoch Politiker, die diese einsetzen. Und zweitens ist es erforderlich, sowohl die Geschichte von 1933 bis 1945 zu behandeln, als auch endlich die Geschichte des Vergessens und Verdrängens von 1945 bis heute seitens der Regierenden, wie Heinrich Lichtenstein sagte.

Zum Fall Anton Malloth: Der Mörder des Großvaters von Finkelgruen und vieler anderer wird in München von der Tochter Heinrich Himmlers namens der „Stillen Hilfe“ betreut. Er genießt Sozialhilfe, obwohl er Grundstücksbesitzer ist.

Der zuständige Staatsanwalt Schacht und der zuständige Minister Behrens unternehmen nichts, obwohl sie vor anderthalb Jahren sogar vom Landtag zum Handeln aufgefordert wurden. Die Zeugen gegen Malloth sterben weg, aber das, was im Fall Mielke möglich war, ein Mordprozeß nach Aktenlage, wird im Fall Malloth vermieden.

Das „Entlastende“

Zum Fall Priebe: Erich Priebe, der demnächst in Rom erneut vor Gericht steht, wurde schon vor Jahren von ehemaligen Nazijuristen in der Dortmunder Zentralstelle außer Verfolgung gesetzt, was Minister Behrens „nicht nachvoll-

ziehen“ kann. Und mitten in die Auseinandersetzungen der letzten Wochen hinein platzte Klaus Schacht mit der Mitteilung, daß für Priebe auch „Entlastendes“ spreche und seine Strafverfolgung in Deutschland ungewiß sei.

Dies bestätigte der Journalist Eberhard Rundholz. Er zitierte bei der Anhörung im Landtag aus dem Einstellungsbeschuß aus Dortmund aus dem Jahre 1971 und wies nach, daß Priebe nur ein kleines Licht war, jedoch auch die anderen höheren Mordgesellen der SS, die ebenfalls in Italien bei der „Endlösung“ tätig waren, mit dem Hinweis auf den Mangel an Mordqualitäten außer Strafe gesetzt wurden. Damit allenfalls verjährter Totschlag unterstellt werden und eine Hauptverhandlung erfolgreich abgewendet werden konnte, sinnierten die Dortmunder Staatsanwälte darüber nach, ob etwa der dem Eichmann-Mitarbeiter Danecker unterstellte Albin Eisenkolb das „Schicksal der Juden kann te oder kennen mußte“.

Auschwitz nicht grausam?

Ähnliche Brücken wurden sogar für den Erfinder der „Gaswagen“ Walter Rauff und den „Endlösungs“-Lagerleiter Karl Tiltho gebaut. „Niedrige“ Beweggründen, grausame oder heimtückische Handlungen seien nicht nachweisbar gewesen, auch als die Transporte für Auschwitz zusammengestellt wurden. Auschwitz nicht grausam und daher nicht mörderisch?

Schließlich der Fall Polizei von Nordrhein-Westfalen. Da war es wie im Fall der Justiz. NRW schuf sowohl als einziges Land zwei eigene Zentralstellen gegen die NS-Verbrechen – mit magerer Bilanz – als auch ein Polizeiarchiv für den Regierungsbezirk Arnsberg, dessen Ergebnisse nun nach dem Tode des Archivars Alexander Primavesi (Dortmund) unter Verschluß gehalten werden. Primavesi hatte die Geschichte der Gestapo wie der im Osten mordenden Polizeiregimenter aufgeschrieben – und



diese mit Angaben über die Wiederverwendung der Täter nach 1945 ergänzt.

Der Polizeipräsident von Dortmund verweigerte jetzt der VVN-Bund der Antifaschisten wie allen Nachfragenden Einsicht in die Dokumente. Und die Absicht, diese Akten in einer neuen Gedenkstätte, der Villa ten Hompel in Münster, dem einstigen Sitz der westfälischen NS-Ordnungspolizei und der Organisation der Judendeportationen, aufzubewahren und öffentlich zu machen, wird von der Landesregierung nicht unterstützt. Es sei nicht die Aufgabe des Landes, regionale Gedenkstätten zu fördern, hieß es in Düsseldorf. Immerhin handelt es sich um die Akten von 18000 Polizisten, die zwar von Goldhagen und Browning eingesehen wurden, nicht aber von deutschen Forschern. Insgesamt unterstanden der Münsterschen Zentrale der Ordnungspolizei 200.000 Uniformierte.

Die Bündnisgrünen von NRW wollen, so versicherte die Landtagsabgeordnete Brigitte Schumann, die Initiativen gegen das Vergessen fördern. Aus diesem Grund soll die Zusammenarbeit mit den Teilnehmern der Anhörung fortgesetzt werden, um nicht nur die aufgezeigten „Fälle“ aufzuklären, sondern auch eine breite gesellschaftliche Erinnerungsarbeit zu fördern, die sich „gegen die Tradition der Schlussstrich-Mentalität“ wendet.

Ulrich Sander, VVN-BdA NRW



Mannheim. Am Samstag, den 9. November, demonstrierten in der Innenstadt Mannheims ungefähr 70 Menschen aus Zaire – Frauen, Kinder und Männer. Thema der Demonstration und Kundgebung war die aktuelle politische Situation in Zaire, die durch Bürgerkrieg, Flüchtlingselend und Massenarmut gekennzeichnet ist. Obwohl die Demonstration im „Mannheimer Morgen“ angekündigt war, beteiligten sich nur drei Deutscche an ihr. Trotzdem konnten die Flüchtlinge durch zahlreiche aussagekräftige Transparente und lautstarke Gesang die Öffentlichkeit erfolgreich auf ihr Anliegen, nämlich eine Beendigung der Unterstützung des Mobutu Regimes durch westliche Länder, aufmerksam machen. Die Demonstration war u.a. von der oppositionellen U.N.R.C. (Union Nationale des Révolutionnaires Congolais) organisiert worden. aus Kommanal-Info Mannheim

Erinnerung an die Nazi-Diktatur: Mahntafel enthüllt

Köln. Am 9. November 1996 wurde in Köln vor der Villa am Stadtwaldgürtel 35 eine Gedenktafel enthüllt, dort, wo am 4. Januar 1933 auf Einladung des Kölner Bankiers von Schröder der katholische Politiker Franz von Papen und A. Hitler sich trafen. In Anwesenheit des Kölner Bankiers, der bis Mitte 1932 die Zentrumspartei unterstützt hatte, danach die NSDAP, einigte sich der katholische Politiker von Papen mit Hitler darauf, diesem den Posten des Reichskanzlers zu verschaffen. Von Papen sicherte die Zustimmung der katholischen Zentrumspartei zu. Damit war das Ende der Republik und die Diktatur, insbesondere gegen die organisierte Arbeiterbewegung, beschlossen. Die Mahntafel vor der früheren Schröder-Villa, die an den Beginn der Nazi-Diktatur erinnert, war nach dreimaligem Anlauf von der Bezirksvertretung Köln-Lindenthal mit großer Mehrheit beschlossen worden. Dies ist das Ergebnis des nachhaltigen Handelns der SPD Lindenthal, die auch die Finanzierung der Tafel übernahm. Ein Sprecher der SPD Lindenthal erinnerte daran, daß an diesem Ort verabredet worden war, einen totalitären Staat

Stadtwaldgürtel 35.
Hier, im Haus des Privatbankiers Kurt Freiherr von Schröder, trafen sich am 4. Januar 1933 Adolf Hitler und Franz von Papen, um über eine Regierungsbildung zwischen Nationalsozialisten und Rechtskonservativen zu beraten. In diesem Gespräch wurden die Weichen für Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 gestellt und die Voraussetzungen für die menschenverachtende Diktatur der Nationalsozialisten geschaffen. Kurt von Schröder unterstützte bereits vor 1933 die Ziele des Nationalsozialismus und organisierte nach 1933 finanzielle Leistungen der deutschen

Die damaligen Eliten hätten in großem Maße die Beseitigung der Republik unterstützt. Wichtige Institutionen, wie die Kölner Universität, die in Köln-Lindenthal liegt, hätten ihre „Gleichschaltung“ selbst besorgt. Menschen in Lindenthal wurden in großem Maße für die Nazi-Diktatur verantwortlich. Deswegen spendete die SPD Lindenthal diese Tafel.

Stromversorgung kommunal!

Konzernunabhängiger ökologischer Umbau!

Essen. Um 10% wird der Jahresüberschuss des RWE in diesem Geschäftsjahr auf 1,2 Mrd. DM steigen. Hinter den Kulissen arbeitet er deshalb mit allen Mitteln, um eine Verlängerung des Stromversorgungsvertrages mit der Stadt Essen über das Jahr 2004 hinaus zu erreichen.

Anscheinend ist die Entscheidung schon eingestellt. Oberstadtdirektor Harwich hat vorgeschlagen, die Verträge bis 2014 zu verlängern. Auch danach will er das Stromnetz nicht übernehmen, sondern bestenfalls eine gemeinsame Gesellschaft mit dem RWE gründen. Dabei stützt er sich auf ein Gutachten der Wirtschaftsberatung Wibera, nach dem die Übernahme des Stromnetzes zwar finanziell lohnt, aber nur, wenn der Kaufpreis stimmt. Die RWE Energie AG besteht jedoch auf dem Sachzeitwert der Anlagen, den sie mit 1 Mrd. DM veranschlagt, die Wibera mit 775 Mio. DM. Der auf den historischen Anschaffungsko-

sten des Stromnetzes beruhende Anschaffungskostenrestwert macht dagegen „nur“ 435 Mio. DM aus. Die Stadt müßte ihre Interessen gegebenenfalls rechtlich durchsetzen, wie andere Städte auch – und das scheut sie.

Mehrdad Mostofizadeh, Ratsfraktion Bündnis 90/Grüne, stellt denn auch fest: „Alles spricht bislang für eine Stromnetzübernahme oder zummindest für eine Beteiligung der Stadt. Die Entscheidung im Hinterzimmer ist wohl allein den guten Verbindungen zwischen der Stadt und dem RWE und den Drohungen und Versprechungen der RWE AG geschuldet.“ Die Grünen fordern ein weiteres Gutachten, das diese Aspekte einschließt. Damit wäre die Entscheidung im Januar vom Tisch, doch das wäre nicht schlimm, der Stadtkämmerer spricht von einer „Jahrhundertscheidung“. Intern soll übrigens auch ihm klar sein, daß die finanziellen Lockangebote des RWE ein „Linsengericht“ sind. wof

Immer längere U-Haft

Zwei Wochen Hungerstreik von Gefangenen

Frankfurt. Vor zwei Wochen haben Gefangene in der JVA Preungesheim einen Hungerstreik beendet, der am 17. Oktober begonnen und dem sich zeitweise bis zu 100 Menschen angeschlossen hatten. Durch die Presseberichterstattung entstand der Eindruck, daß es ausschließlich um die Haftbedingungen ging. Die Gefangenen kritisieren, daß hier weitgehend unterschlagen wurde, daß ein wesentlicher Anlaß für den Streik die Tatsache war, daß die Justiz zunehmend dazu übergeht, Beschuldigte ohne hinreichende Beweise immer länger in Untersuchungshaft zu sperren. Die Leitung der JVA hat die Erfüllung nur weniger Forderungen zugesagt, und zwar solcher Forderungen, die auf eine Verbesserung der Haftbedingungen zielten. Zum Teil wird über ihre Umsetzung noch verhandelt. Über das Ergebnis des Hunger-

streiks liegen uns folgende Informationen vor: Eine Verfolgung und Disziplinierung der Teilnehmer soll es nicht geben. Die Besuchszeiten für Berufstätige und Familienangehörige werden ausschließlich auf Freitag nachmittags, nicht, wie gefordert, auf das Wochenende ausgedehnt. An der mangelhaften medizinischen Betreuung wird sich nichts ändern. Auch die Freizeit wird nicht verlängert. Das Freizeitangebot dagegen soll verbessert werden. Ihre Forderungen gegen die Überbelegung der Zellen und der JVA und für die Erleichterung von Telefongesprächen konnten die Gefangenen ebenfalls nicht durchsetzen. Zur Zeit werden ca. 800 Gefangene von 15 Sozialarbeitern mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen betreut.

ola



Abschiebungen bestätigt

Demonstration beim Abschiebegefängnis Glasmoor

Hamburg. Als „entschlossene Signale zur Wahrung der inneren Sicherheit“ werten die Innenminister und -senatoren der 16 Bundesländer die Ergebnisse ihrer zweitägigen Beratungen am 21. und 22.11. in Hamburg. Ganz zur Zufriedenheit von Bundesinnenminister Manfred Kanther, folgte die Innenministerkonferenz (IMK) den restriktiven Vorgaben aus Bonn: Das, auf den Tag genau vor drei Jahren, verhängte Betätigungsverbot für 35 kurdische Vereine wurde bestätigt, worauf Kanther eine weitere Verschärfung des Ausländerrechtes in Aussicht stellte. Bezuglich der Kostenexplosion durch die Castor-Transporte, solle der immense Polizeieinsatz durch die Bündelung von bis zu sechs Behältern pro Transport aufgefangen werden. Und auch an dem seit Anfang Oktober inkraftgetretenen Rücktriebetermin für die Bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge wird festgehalten.

Die Einwände der UNHCR, daß die benannten „Aufbaugebiete“ solange nicht für eine Rückführung geeignet sind, wie dort noch kein Wiederaufbau erfolgt ist, verhallten ebenso ungehört wie die Forderung der, mit einer Mahnwache vor dem Luxushotel protestierenden, Flüchtlinge, welche ein humanitäres „Bleiberecht“ oder zumindest die Verlängerung der „Duldung“ um 6 bzw. 12 Monate forderten. Den Ländern bleibt demnach lediglich die Wahl des Zeitpunktes überlassen, ob sie nach dem Vorbild von Berlin und Bayern die „zwangswise Rückführung“ der Flüchtlinge inmitten des kalten Winters fortsetzen oder, wie der Hamburger Innensenator Wrocklage versicherte, erst im März des kommenden Jahres mit den Abschiebungen beginnen wollen. Die Situation in anderen Herkunftsändern wie beispielsweise der dringend erforderlichen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Afghanistan, war noch nicht einmal wert, in die Tagesordnung aufgenommen zu werden.

Einen Tag später erinnerten rund 300 TeilnehmerInnen einer Demonstration an die Situation im Abschiebegefängnis Glasmoor bei Hamburg. Am 6.11.1994 hatten sich dort 40 Abschiebegefangene geweigert, in ihre Zellen zurückzukehren. Die Ausländerbehörde reagierte mit der Verlegung und Abschiebung der Flüchtlinge. kun

Rechtsradikal Ausfälle von Gauweiler und Uhl

München. Als unerträglich und empörend hat Fraktionssprecher Siegfried Benker (B90/Die Grünen) die jüngsten rechtsradikalen Ausfälle des Zweigespanns Uhl/Gauweiler kritisiert. Benker sieht die CSU immer stärker ins rechtsradikale Lager abdriften: „Uhl und Gauweiler bedienen sich aus dem Argumentationsumpf der extremen Rechten: Irrationale Ängste werden geschrüttet und dann die Sündenbölke gebrandmarkt.“ Der Stadtrat ist nicht überrascht darüber, daß Uhl sich an rassistischen Ausgrenzungskampagnen beteiligt. „Das wirklich Erschreckende ist, daß jemand mit der Grundeinstellung „Ausländer raus“ in seiner Behörde das Ausländerrecht umsetzt. Jeder kann sich vorstellen, was das für die AusländerInnen in München bedeutet: Verbale Brandstiftung war die Ursache für reale Brandanschläge in Lübeck oder Rostock und andernorts.“

Die CSU-Ausfälle gegen die geplante Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht runden, so Benker, das Bild der neuen = alten CSU ab. Die Ausstellung ist das Ergebnis akribischer Recherchearbeit des Hamburger Instituts für So-

zialforschung. Sie räumt auf mit dem Mythos von der heldenhaften Wehrmacht auf. Die Biedermann der CSU befinden sich in schlechtester Gesellschaft mit ihrer Ablehnung der Aussstellung. BfB und NPD wollen ebenfalls keine Kratzer im Bild vom braven deutschen Soldaten. „Die CSU des Peter Gauweiler marschiert: stramm nach rechts!“ meint Siegfried Benker.

aus Lokalberichte München

129a-Prozeß in Stammheim gegen Kurden

Stuttgart. Seit dem 10. April 1996 läuft in Stuttgart-Stammheim ein §-129a-Prozeß gegen Zylfie Sanli, Mehmet Karrayan, Mehmet Nuri Akdeniz und Mehmet Sirin Üner. Die Anklage wirft ihnen vor, sie seien in München, Ulm, Stuttgart und Mannheim als sogenannte Gebietsverantwortliche aktiv gewesen. In dieser Funktion sollen sie als Mitglieder einer Organisation innerhalb der PKK (Kurdischen Arbeiterpartei) politisch tätig gewesen sein. Immer deutlicher stellt sich heraus, daß der Stammheimer §-129a-Prozeß einen wichtigen Teil des Gesamtkonzepts in der Verfolgung der KurdInnen und Kurden durch

die deutsche Justiz darstellt. Seit sieben Monaten wird in Stuttgart-Stammheim an zwei Wochentagen verhandelt. Die bisherige Beweisaufnahme beschäftigte sich mit sogenannten Identitätsfragen. Geladen waren verschiedene PolizeibeamteInnen den Landeskriminalämtern und vom Bundeskriminalamt, und geladen waren KurdInnen. Die Erstgenannten wurden zu ihren Ermittlungen befragt, die sie tätigten, um Beweis dafür zu erbringen, daß es sich bei den Angeklagten um die Gebietsverantwortlichen mit den Decknamen Rachime, Kemal, Sabri und Bozan handelt, d.h. es wurde versucht, den vier den genannten Decknamen zuzuordnen, weil die BAW in der Anklageschrift behauptet, Menschen mit diesen Decknamen seien die Gebietsverantwortlichen gewesen. Die geladenen KurdInnen wurden ebenfalls zu diesem Komplex vernommen. Aus dem bisherigen Prozessverlauf lassen sich wesentlichen Schlüsse ziehen:

1. Keiner/m der vier Angeklagten konnte nachgewiesen werden, daß sie unter den behaupteten Decknamen aktiv waren.

2. Genausowenig konnte die Behauptung bestätigt werden, daß die Angeklagten „Gebietsverantwortliche“ waren.

3. Die Vernehmungen verschiedener LKA-Zeugen brachten die reibungslose und alltägliche Zusammenarbeit zwischen dem Geheimdienst und der Polizei ans Tageslicht. Sowohl das bayerische als auch das baden-württembergische LKA erhielten die Informationen, daß die Decknamen den jeweiligen Angeklagten zuzuordnen seien, direkt vom Verfassungsschutz. Die Quellen, aus denen der Geheimdienst schöpft, blieben unbekannt und sind nicht überprüfbar.

Anfang November begann die Beweisaufnahme zu den Organisationsstrukturen der PKK bzw. der konstruierten Unterorganisation. Die Anklage stützt sich hierbei im wesentlichen auf die zwei Kronzeugen Altinok und Sermet. Die Vernehmung des Kronzeugen Altinok hat am 4. November begonnen und dauert gegenwärtig noch an, so daß im Moment noch keine Schlüsse gezogen werden können.

Unmittelbar vor Beginn der Vernehmung des Kronzeugen haben die VerteidigerInnen der vier Angeklagten für ihre Mandanten Haftentlassungsanträge gestellt.

Stuttgarter Komitee zur Unterstützung der kurdischen politischen Gefangenen, c/o Pfarrstraße 7, 70171 Stuttgart

Protest gegen das Urteil gegen die DDR-Generäle

Heuer: Politik der Rache und Einschüchterung

Anlässlich der Zurückweisung der Verfassungsbeschwerde dreier ehemaliger Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der DDR gegen ihre Verurteilung zu hohen Freiheitsstrafen durch das BVerfG erklärte der rechtspolitische Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe Uwe-Jens Heuer am 12.11.:

Mit seinem Beschuß hat das Bundesverfassungsgericht die Politik der Rache und Einschüchterung gegenüber den Repräsentanten der DDR und der ostdeutschen Bevölkerung über das Verfassungsrecht der Bundesrepublik gestellt. Wer geprägt wird zeigt Wirkung. Der großen Krise nach dem Kruzifix-Urteil folgt nun die Ergebnisgenüigkeit gegenüber der Bonner Exekutive. Schon vor zwei Monaten prognostizierte Uwe Wesel in diesem Zusammenhang richtig: „... sie (die Verfassungsrichter) wollen ihr Renommee im Moment nicht allzu sehr aufs Spiel setzen.“

Das Gericht faßt seine Begründung in dem Satz zusammen: „Es verstößt nicht gegen das Rückwirkungsverbot aus Artikel 103 Abs. 2 GG, daß die Strafgerichte den Befehl der Berufung auf einen Rechtfertigungsgrund versagt haben, der sich aus den Vorschriften der DDR über das Grenzregime, wie sie in der Staatspraxis ausgelegt und angewendet werden, ergab.“

Das Bundesverfassungsgericht behauptet, das Rückwirkungsverbot gelte nicht für in der DDR begangene Taten. „Der strikte Schutz von Vertrauen durch Art. 103 Abs. 2 muß dann zurücktreten“. Wieso bleibt unerwähnt, daß der Grundsatz des Rückwirkungsverbotes auch in internationalen Konventionen wie in Artikel 7 der Europäischen Menschenrechtskonvention und in Artikel 15 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte festgelegt ist? Wo steht im Grundgesetz, daß über Verfassungsprinzipien das Bundesverfassungsgericht und nicht das Grundgesetz selbst entscheidet? Artikel 103 besagt nur einmal, daß eine Tat nur bestraft werden kann, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde. Gründe, dies zu negieren, gibt es nach dem Grundgesetz nicht. Auch im Einigungsvertrag ist un-

zweideutig festgelegt, daß die strafrechtliche Verfolgung von Handlungen in der DDR nach den Gesetzen der DDR zu erfolgen hat.

Die Aussage des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 103 GG ist das eigentlich Ungeheuerliche des Beschlusses. Bisher war bei den Urteilen immer wieder gesagt worden, das damalige DDR-Recht sei durch völkerrechtliche Prinzipien oder/und das Naturrecht korrigiert und insoweit aufgehoben worden oder müsse jedenfalls anders ausgelegt werden. Jetzt wird erstmalig erklärt, daß für DDR-Bürger rückwirkend bestimmte DDR-Strafrechtsnormen, nämlich die entsprechenden Rechtfertigungsgründe, nicht mehr gelten. Damit werden sie wieder einmal zu Bürgern zweiter Klasse erklärt.

Das DDR-Grenzgesetz ist in seinem entscheidenden §27 weitgehend mit entsprechenden Regelungen der Bundesrepublik identisch. Nun behauptet das Bundesverfassungsgericht, daß der Staat DDR über geschriebene Normen hinaus zu „Unrecht“ aufgefordert habe. In den bisherigen Prozessen wurden jedoch keine derartigen Befehle vorgelegt. Dagegen gab es viele Beweise für die Befehlslage, möglichst die Schußwaffe nicht einzusetzen.

Das Bundesverfassungsgericht bezeichnet die Rechtfertigungsgründe des §27 des DDR-Gesetzes für nicht anwendbar, weil die damit verbundene „Unterordnung des Lebensrechts des Einzelnen unter staatliche Interessen (...) materiell schwerstes Unrecht (war)“. Warum ist dann die DDR zu keinem Zeitpunkt ihrer Existenz von irgendeinem internationalen Gremium beschuldigt worden, derartiges „schwerstes Unrecht“ zu begehen? Wie so hat dann Bundeskanzler Kohl noch 1988 für Erich Honecker den roten Teppich ausrollen lassen? Muß nun auch gegen Kohl ein Strafverfahren eingeleitet werden wegen Begünstigung „schwersten Unrechts“?

Das Bundesverfassungsgericht hat sich bedauerlicherweise willig in die Front der Kalten Krieger eingereiht, die unerbittlich die Diskriminierung des sozialistischen Versuchs auf deutschem Boden fortsetzen.

Erklärung

Mit der vom Bundesverfassungsgericht am 26.10.96 getroffenen Entscheidung im Verfahren gegen Keßler, Streletz und Albrecht ist die juristische Verfolgung von Bürgern und Amtsträgern der DDR in eine neue Phase eingetreten. Justizminister und Staatsanwälte haben eine noch härtere Gangart angekündigt. Erste Inhaftierungen sind erfolgt bzw. angedroht. Das höchste deutsche Gericht negiert die Souveränität der DDR und der mit ihr verbündeten Staaten des Warschauer Vertrages. Das ist ein einmaliger Vorgang in der europäischen Rechtsgeschichte und sicher von Interesse für die Glaubwürdigkeit und Vertragstreue Deutschlands im Prozeß der europäischen Einigung.

Die Aufhebung des im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Art. 103,2) und in allen internationalen Menschenrechtskonventionen - einschließlich der Europäischen Menschenrechtskonvention - festgeschriebenen Rückwirkungsverbots „Keine Strafe ohne Gesetz“ schafft zwielichtiges Recht in Deutschland und ist selbst eine unerträgliche Menschenrechtsverletzung. Jeder der dem Staat DDR loyal verbunden war - das war die große Mehrheit der Bevölkerung - gilt im 7. Jahr nach dem Zu-

sammenschluß beider Staaten als Mensch 2. Klasse. Das Karlsruher Urteil gilt dafür als Freibrief. Der allgemein festzustellende Sozialabbau und die massenhafte Diskriminierung der Menschen geht Hand in Hand mit dem Abbau der Rechtssicherheit. Nicht Rechtsfrieden, nicht Dialog, sondern Fortsetzung der Spaltung und des Kalten Krieges - das ist das Ergebnis des Karlsruher Richterspruchs.

Gefragt sind jetzt die politisch Verantwortlichen in diesem Land, um dieser Verfolgungswillkür und Vergeltungsjustiz ein Ende zu setzen.

Unsere Verbundenheit und Solidarität gilt den politisch Verfolgten und ihren Familien. Freiheit für Dieter Baumgarten, Heinz Keßler, Fritz Streletz, Hans Albrecht und alle von politischer Verfolgung Betroffenen.

Berlin, den 10.11.1996
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenrechte e.V. (GBM)
Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V. (GRH)
Vereinigung demokratischer Juristen e.V. (Ost)
Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR)
Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS (Insiderkomitee) e.V.



Mehrere tausend Personen beteiligten sich am 20. November bundesweit an Protestkundgebungen gegen die Bonner Gesundheitspolitik. Aufgerufen hatten insbesondere die Verbände der niedergelassenen Ärzte. Viele Ärzte fürchten Rückforderungen der Kassen wegen Überschreitung ihres „Arzneimittelbudgets“. In den neuen Ländern fürchten zahlreiche niedergelassene Ärztlinnen und Ärzte durch solche Rückforderungen sogar den Ruin. In Erfurt (Thüringen) beteiligten sich 7.000 Menschen an der Aktion, in Potsdam (unser Bild) gingen etwa 2.000 Ärzte, Therapeuten und Apotheker auf die Straße. Sie protestierten auch dagegen, daß sie je Patient nur 580 DM für Medikamente im Jahr ausgeben dürfen, während z.B. in der Pfalz 900 DM zulässig seien. Ein Sprecher des Apothekerverbands forderte, zumindest müßten die Budgetsätze auf Westniveau angehoben werden. (ral)

Polizei randalierte beim Gedenken an die Reichspogromnacht

Grundloser Angriff auf Gedenkdemostration in Berlin

Auf der Moabit-Demonstration am 9. November 1996 zum Gedenken an die Reichspogromnacht 1938 kam es bereits im Vorfeld zu massiven Behinderungen durch die Polizei. So gab es schon vor Beginn der Gedenkveranstaltung am Mahnmal auf der Putlitzbrücke zehn vorläufige Festnahmen nach dem ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz).

Die Gedenkveranstaltung und anschließende antifaschistische Demonstration verlief von Seiten der rund 600 DemonstrantInnen trotz hohem Polizeiaufgebot friedlich. Der Demonstrationszug wurde teilweise von Polizeispalier begleitet, was angesichts einer Demonstration im Gedenken an die Opfer des Holocaust völlig unangemessen war.

Die angemeldete Demonstrationsroute wurde vom Verwaltungsgericht nicht genehmigt, so konnte die geplante Zwieckung nicht vor dem Nazitreffpunkt in der Wilsnacker Str. 13 stattfinden, der Wohnung des Nazi-Kaders Mike Penkert.

Die angemeldete und genehmigte Anschlußkundgebung auf dem Mathilde-Jacob-Platz vor dem Rathaus Tiergarten wurde von der Polizei unmöglich gemacht. Die vom Bezirksbürgermeister Jörn Jensen (AL) genehmigte Kranzniederlegung im Rathaus zu Ehren von Mathilde Jacob und der Opfer des Holocaust wurde von der Polizei verhindert, darüber hinaus nahm sie zwei Personen, die Sonnenbrillen trugen, wegen angeblicher Vermummung fest. Die sich über zwanzig Minuten hinziehenden Verhandlungen zwischen Jensen, dem Einsatzleiter der Polizei und der Demoleitung verliefen ergebnislos. Das Angebot, eine Delegation von fünf Personen und dem Bürgermeister unter Polizeiaufsicht mit dem Kranz in das Rathaus zu lassen, wurde aus verständlichen

Gründen von der Demonstrationsleitung abgelehnt. Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus läßt sich nicht unter Aufsicht stellen.

Spontan formierte sich eine Gruppe von Menschen, die den Kranz nun am Mahnmal in der Levetzowstraße niedergelegen wollte. Es wurde eine Spontandemonstration bei der Polizei angemeldet. Diese gab sich zunächst zufrieden, griff aber später die Demonstration von 60 Personen in der Straße Alt-Moabit an. Dabei kam es zu Übergriffen der Polizei, die wahllos Personen aus dem Demonstrationszug herausgriffen und dabei mit unangemessener Härte vorgingen. Menschen wurden zu Boden geworfen und am Boden liegend geschlagen und getreten. So wurden mindestens 8 Personen festgenommen. Nach dem Angriff auf die Gruppe konnten nur noch zwanzig Menschen den Kranz an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße niedergelegen.

Das Verhalten der Polizei am heutigen 9. November zeigt erneut, daß nicht-staatstragendes Gedenken an die Opfer des Holocaust in diesem Land unerwünscht ist. Die offiziellen Feierlichkeiten im Tiergarter Rathaus werden sicherlich nicht von der Polizei angegriffen werden. Entgegen aller Absprachen hat die Polizei die Abschlußveranstaltung unmöglich gemacht.

Auf einer Gedenkveranstaltung an die Opfer der Reichspogromnacht haben knüppelschwingende Polizisten nichts zu suchen. 1938 kam die Polizei pflichtbewußt ihrer Pflicht nicht nach, die Juden und Jüdinnen vor dem deutschen Mob zu schützen. 1996 prügelte sie das Gedenken an die Reichspogromnacht auseinander.

Berlin, den 9.11.96
Antifaschistische Initiative Moabit
Postfach 21 02 35, 10502 Berlin

Unbefristeter Streik für die 100%!

Urabstimmung in der Süßwarenindustrie

Seit Sonntagabend, 24. November, sind 3748 Beschäftigte von Nestlé in Hamburg, Bahlsen in Barsinghausen und Lindau/Bodensee sowie von Wissoll in Mülheim/Ruhr im unbefristeten Streik.

In der deutschen Süßwarenindustrie in den alten Bundesländern herrscht in der Frage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die rund 57.000 Beschäftigten zur Zeit tarifloser Zustand. Im Manteltarifvertrag von 1994 wurde zwar vereinbart, daß die Bestimmungen des Entgeltfortzahlungsgesetzes gelten. Gleichzeitig wurde jedoch eine Protokollnotiz verabschiedet, daß dieser Paragraph mit sofortiger Wirkung außer Kraft tritt, wenn neue gesetzliche Regelungen in Kraft treten.

Ungeachtet dessen hat der Süßwarenverband seine Mitgliedsfirmen bereits am 19. September – dem Dienstag nach der Bonner Gesetzesänderung vom 13. September – empfohlen, ab 1. Oktober die 80%-Regelung bei der Lohnfortzahlung anzuwenden. Besonders dreist ist dabei, daß in einem Ende September an die Führungskräfte z.B. bei Bahlsen gerichtetes Rundschreiben darauf hingewiesen wird, daß ihnen keine Kürzung der Lohnfortzahlung drohe. Treffen wird es aber beispielsweise die Frauen in den unteren Lohngruppen, die 38 Stunden pro Woche hart arbeiten und je nach Steuerklasse zwischen 1400 und 1700 Mark netto verdienen.

Per Aushang wurde unter Bruch des Betriebsverfassungsgesetzes in vielen Firmen das Verfahren bei der Anrechnung der 20% z.B. auf Arbeitszeitkonten der Beschäftigten bekannt gemacht.

Schon in der ersten Oktoberwoche kam es in vielen Betrieben zu Protestveranstaltungen und Arbeitsniederlegungen: Bei Nestlé in Hamburg fiel am 19. Oktober die gesamte Samstagsproduktion aus. Statt dessen zogen die Beschäftigten vom Werksgelände zum Wandsbeker Neumarkt. Mit 1000 Beschäftigten ist Nestlé das größte Süßwarenunternehmen in Norddeutschland. Der Betriebsrat bei Wissoll in Mülheim (Tengelmann-Gruppe) verweigerte die Zustimmung zu jeglicher Mehrarbeit und führte mehrere außerordentliche Betriebsversammlungen durch. Hinzu kamen Mahnwachen vor dem Werkstor. Bei Brandt-Zwieback in Hagen wurde ein Aktionstag mit Unterschriftenaktion durchgeführt. Über 200 Beschäftigte der Früh- und Nachmittagsschicht im Berliner Werk der Stollwerk AG legten am Anschluß an eine Betriebsversammlung die Arbeit nieder. Schon vorher hatte es in Berlin bei Sarotti einen Warnstreik gegeben. In den meisten Bahlsen-Werken kam es zu spontanen Arbeitsniederlegungen: in Goldenstedt zogen die Beschäftigten am 16.10. durch den Ort; die komplette Frühschicht in Oldenburg legte am 17.10. für drei Stunden die Arbeit nieder; am 18.10. standen in Varel für drei Stunden die Bänder; die Nachschicht in Berlin war am 3. November drei Stunden vor dem Tor. Diese Darstellung zeigt nur einen Ausschnitt aus den durchgeführten Aktionen.

Eine einstweilige Verfügung sollte die Gewerkschaft NGG am 25. Oktober dazu zwingen, vor der ersten Verhandlung keine Aktionen zu organisieren. Als tonangebendes Unternehmen im Verband wollte Bahlsen auch hier wieder Vorreiter spielen. Der Vergleich vom 25. Oktober: die Gewerkschaft ruft

bis zum 31. nicht zu Streikaktionen auf, Bahlsen verzichtet auf Entschädigungszahlungen. Die Belegschaften waren jedoch so sauer, daß es immer wieder zu spontanen Aktionen kam.

Unter dem Druck der Belegschaften sahen sich diverse Unternehmen dazu gezwungen, den jeweiligen Betriebsräten mündliche (!) Stillhalteabkommen anzubieten. Um ihr Weihnachtsgeschäft zu sichern, wurde die Aussetzung der 80%-Regelung angeboten und auch praktiziert. Die Dauer der Aussetzungen sind sehr unterschiedlich, so daß de facto ein Flickenteppich bei der Lohnfortzahlung besteht. Eine Betriebsvereinbarung gibt es nirgends, zumal sich die Geschäftsleitungen vorbehalten, bei einem Tarifabschluß die entsprechende Regelung rückwirkend anzuwenden.

Das Ziel sind jedoch keine Betriebsvereinbarungen, sondern ein einheitlicher Tarifvertrag mit 100%iger Lohnfortzahlung. So ein Abschluß wird auch den Betriebsräten den Rücken stärken, die einen Haustarif abschließen müssen, da in letzter Zeit vermehrt Betriebe aus dem Unternehmensverband austreten.

Am 31. Oktober fand die erste Tarifverhandlung statt. Nach deren Scheitern wurde die Durchführung von Urabstimmung beschlossen. Die Unternehmer – diesmal Wissoll – haben wieder versucht, die gewerkschaftlichen Rechte per Gericht zu beschränken und die Urabstimmung zu verbieten. Ihr Antrag auf einstweilige Verfügung wurde abgelehnt.

Vom 15. Bis 19. November stimmten 90,7% für Kampfmaßnahmen. (jub)



Demonstration von Putzfrauen in Stuttgart

„Der Mop geht auf die Straße“

Stuttgart. Dies war das Motto der ÖTV-Demonstration vom Katharinenhospital zum Rathaus mit anschließender Kundgebung am 7.11.96. Ca. 250 Menschen, darunter viele ausländische Frauen, protestierten gegen die bisherige Privatisierung von Reinigungsarbeiten und die ständige Drohung, daß diese Maßnahmen weiter ausgedehnt werden. Sie sind wütend, daß sie als „zu teuer“ beschimpft werden, obwohl sie am unteren Ende der Lohnskala angesiedelt sind und trotz der Knochenarbeit,

Hände weg von der notwendigen medizinischen Grundversorgung!

Therapeuten gehen auf die Straße

Am 23. November fanden in zahlreichen Städten Aktionen von Beschäftigten und Selbständigen verschiedener Heilmittelberufe statt. Allein in Stuttgart demonstrierten 1500 Menschen gegen die Seehoferschen Pläne. Für den 3. Dezember ist eine zentrale Großdemonstration in Bonn geplant. Im folgenden Artikel aus dem „Kommunal-Info Mannheim“ wird dargestellt, warum diese Aktionen stattfinden.

Mit der 3. Stufe der Gesundheitsreform, oder, wie es auch genannt wird, dem Beitragentlastungsgesetz, sollen bestimmte Leistungen, die zur Zeit noch Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenkassen sind, in Gestaltungsleistungen überführt werden.

Dies betrifft u.a. die Heilmittel (Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie und Massage), die häusliche Pflege, Kuren und bestimmte Rehamaßnahmen.

Seehofer behauptet, mit diesem Gesetz die Eigenverantwortung der gesetzlichen Krankenkassen stärken zu wollen. Hintergrund dieses Gesetzes ist jedoch, die Lohnnebenkosten weiter zu senken, bzw. zu deckeln. Nur so, behauptet die CDU/CSU, könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Realität belehrt uns eines anderen. Um den Kassen die Deckelung der Beiträge zu ermöglichen, werden ihnen vom Gesetzgeber bestimmte Leistungen zur freien Gestaltung an die Hand gegeben; diese könnten bzw. müßten von den Kassen bei Bedarf gestrichen werden. Für jeden einzelnen Patienten würde dies bedeuten, entweder seine Therapien

selbst zu bezahlen, darauf zu verzichten oder eine private Zusatzversicherung abzuschließen. Für die einzelnen Therapeuten würde dies der finanzielle Ruin sein; sie müßten die Praxen schließen. Weitere Arbeitsplätze würden dadurch vernichtet.

Immer wieder ist in diesem Zusammenhang die Rede von den immens gestiegenen Kosten im Gesundheitswesen. Real sieht es jedoch so aus, daß die Kosten im Gesundheitswesen in den letzten Jahren prozentual gleich gestiegen sind wie das Bruttoinlandsprodukt. Verändert haben sich die Einnahmen der Kassen, da durch die erhöhte Arbeitslosigkeit und die niedriger ausgefallenen Lohnerhöhungen die Beiträge der einzelnen Mitglieder gesunken sind. Also ganz klar ein Ausdruck der verfehlten Politik der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte.

Nun soll wieder an der falschen Stelle gespart werden, bei den Armen, Kranken und Behinderten. Auch die Frauen sind hier in einem großen Maß betroffen, da die Heilmittelberufe zu über 80% von Frauen ausgeübt werden.

Um gegen dieses Gesetz zu protestieren haben sich die einzelnen Heilmittelverbände zusammengeschlossen. An diversen Info-Ständen und in den einzelnen Praxen sind schon mehrere tausend Unterschriften gesammelt worden (in Baden-Württemberg über 150.000); es fanden Gespräche mit Bundestagsabgeordneten der CDU statt; der 23.11. wird dezentraler Aktionstag sein und am 3.12. findet in Bonn eine zentrale Großkundgebung statt.

(gw)

sieren, so daß heute nur noch 150 Reinigungsarbeiterinnen putzen und der Funktionsneubau wurde nach der Eröffnung gleich von der Firma Zehnacker durch 35 Frauen gereinigt. Im Bürgerhospital wurden die Reinigung der Außenhäuser (Feuerbach und Vaihingen) bis auf die OPs fast ganz durch eine Privatfirma übernommen und im Olahospital hatte der Krankenhausdirektor bereits einen Vertrag mit Firma Zehnacker unterschrieben (wurde jetzt durch Bürgermeister Blessing modifiziert), der die Reinigungsarbeiten komplett privatisiert hätte – obwohl auch dort in den letzten Jahren 19 Stellen eingespart wurden. Dies ist das Werk der drei Sana-Krankenhausmanager, die die Verantwortung für den Reinigungsbereich los haben und durch die geringeren Kosten der Firmen gleichzeitig die Finanzlage der Krankenhäuser verbessern wollen. Leider segneten auch die Gemeinderäte die Privatisierungen von Sana ab, weil ihnen die kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Einsparungen wichtiger sind als die gesamtgesellschaftlichen Kosten, die durch ungesicherte Arbeitsplätze entstehen.

Von Beginn der Privatisierung an wehrten sich jedoch die betroffenen Beschäftigten und bekamen dabei viel Unterstützung. Es ist ein Kampf um den Erhalt sozial abgesicherter Arbeitsplätze und mit besserer Bezahlung (16,33 brutto und nach 4 Jahren 16,70 DM bei der Stadt gegenüber 14,46 DM Mindestlohn bei Privatfirmen) sowie von Mischarbeitsplätzen innerhalb einer Gesamtbelegschaft. Es ist ein Erfolg dieses Kampfes, daß die Privatisierung bisher noch nicht weiter fortgeschritten ist.

(cvo)

Die Auseinandersetzung verschiebt sich nach Bayern

Nach dem am 26. November auch in NRW die Tarifverhandlungen für die Metallindustrie gescheitert sind an der Weigerung der Kapitalisten, die 100% Lohnfortzahlung im Tariffortzuschreiben, spricht alles dafür, daß es ab März zum Tarifkampf in Bayern kommt. Von der Forderungsaufstellung in Augsburg und Schweinfurt im folgenden Berichte.

Augsburg. Zur Vertreterversammlung der IG Metall in der letzten Woche lagen aus 16 Betrieben Forderungen von Vertragskörpern vor. Diese gingen von 5 % mehr Lohn bis 250 DM Festgeld; die meisten forderten Absicherung der 100%igen Lohnfortzahlung sowie den Erhalt der bestehenden Regelungen zu Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Aus mehreren Betrieben kamen Voten für zusätzliche tarifliche Altersteilzeitregelungen und beschäftigungssichernde Abschlüsse. Für die Jugendlichen wurden ebenso 5 % - bzw. Festgeldforderungen und oft Übernahmeverpflichtungen nach der Ausbildung gefordert.

Aus diesen verschiedenen Forderungen hatte die Ortsverwaltung eine Empfehlung zusammengestellt, die nach breiter Diskussion mit 113 gegen 5 Stimmen von der Vertreterversammlung angenommen wurde. Sie beinhaltet: Erhöhung der Monatsgrundlöhne und Gehälter ab 1.1.1997 um 5 % (bzw. 150 DM für 6 Monate, danach 4,95 %). Absicherung der 100% Lohnfortzahlung. Erhalt von Urlaubsdauer und Urlaubs geld sowie des 13. Monatseinkommens. Aufstockung der Altersteilzeitregelung. Überstunden und Mehrarbeitszuschläge grundsätzlich als Freizeit. Verlängerung des Beschäftigungssicherungsabkommens, 50 DM mehr für alle Azubis bei 35-Stunden-Woche.

Die Vertreterversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Schweinfurt fordert für die Tarifrunde 1996 / 97:

1. Die Lohnfortzahlung bei Krankheit ist bei 100 % wieder im Tarifvertrag zu verankern.

2. Urlaubsgeld und Teile des 13. Monatseinkommens werden ohne Veränderungen wieder vereinbart, wobei die Basis die aktuellen Löhne und Gehälter sind.

3. Für die Tarifrunde 1996 / 97 fordert die Vertreterversammlung ein Gesamt volumen von 5 %, das für beschäftigungssichernde Maßnahmen, insbesondere eine tariftragliche Regelung zur Alterszeit, zur Weiterführung der Übernahme von Auszubildenden sowie für die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen verwendet wird.

In nahezu allen Betrieben versuchen zur Zeit die Geschäftsführungen und Personalabteilungen Regelungen durchzusetzen, die den Belegschaften unbed-

zahlte Mehrarbeit, Streichung von Lohnbestandteilen und Reduzierung von sonstigen Tarifbeschlüssen abverlangen. Einige Maßnahmen bei Kleindienst zeigen das deutlich.

Tarifbruch

Bei Kleindienst wurde ein Forderungskatalog an die Belegschaftsvertretung herangetragen, der in Summe bei seiner Durchsetzung den einzelnen weit über 1.000 DM im Jahr kosten würde. Im Detail will die Geschäftsleitung: 40 Stunden Arbeit für 35 Stunden Bezahlung, Streichung aller außertariflichen Leistungen, Beseitigung sog. freiwilliger Sozialleistungen (Fahrtkostenzuschüsse usw.), Einschränkung der im Sozialplan vereinbarten Beträge bei „freiwilliger“ Auflösung des Arbeitsvertrages, Kürzung des Weihnachts- und des Urlaubsgeldes um jeweils 20 %. Außerdem sollen weiterhin Arbeitsplätze beseitigt werden - fast jeder siebt! Der Betriebsrat des Gesamtkonzerns soll von derzeit 56 gewählten auf 20 Mitglieder reduziert werden.

Parallel dazu werden Arbeiter und Angestellte direkt von dem Betriebsleiter unter massiven Druck gesetzt. So heißt es z.B.: Die Abteilung wird auf 1/3 der z.Zt. Beschäftigten abgebaut, Ihre Arbeitsleistung ist bei weitem zu niedrig, mehr Freiwilligkeit ohne mehr Lohn oder Zeitausgleich zu fordern ist notwendig. Auf Tarifregelungen und Betriebsvereinbarungen zu pochen, wird in Zukunft als unzureichender Arbeitswille ausgelegt. Betriebsräte, die ich nicht entlassen kann, werde ich „auf die Bank setzen, dann können Sie Zeitung lesen“. Meister werden aufgefordert, „Freiwilligkeit“ per Unterschrift von jedem Einzelnen herauszupressen.

Die IG Metall und die Betriebsräte haben nicht nur bei Kleindienst mit gerichtlichen Schritten gegen diese Art Tarifbruch und Nötigung gedroht. Die Manager müssen meist erst einmal den Rückzug antreten. Aber sie kommen wieder, z.B. mit der öffentlich ausgehängten Behauptung, daß Betriebsräte, die sie behindern, eine Rettung des in der Krise befindlichen Betriebs durch alle - eben auch durch die Belegschaft - behinderten und damit verantwortlich seien für alles weitere, wie z.B. Entlassungen oder gar Betriebsschließungen.

Bei Kleindienst sahen sich die Kapitalvertreter jetzt gezwungen, auf einer Betriebsversammlung Zahlen zu nennen, was die Einsparungen durch den genannten Gruselkatalog bringen sollen: 10 Millionen Mark seitens der Belegschaft. Ebenso viel sollten dann auch die Banken und Kapitaleigner einbringen. Somit kann nun der Betriebsrat darangehen, diese Zahlen zu prüfen und kann das Ergebnis der Belegschaft zur Kenntnis geben.

- (jol)

Längere Ladenschlußzeiten: Geringfügige und Teilzeitarbeit nehmen zu

Kaum sind die erlaubten Ladenöffnungszeiten per Gesetz verlängert, zeichnet sich auch in Köln ab, daß die Ausdehnung der Ladenöffnung vorwiegend zu einer Zunahme von niedrig bezahlten Arbeitsverhältnissen führt.

Die Großbäckerei Merzenich wirbt in einigen Filialen mit Öffnungszeiten von montags bis freitags von 6 bis 20 Uhr, samstags von 6 bis 16 Uhr und sonntags gar von 8 bis 18 Uhr. Dafür sucht das Unternehmen Beschäftigte, die bereit sind zwischen 4 und 40 Stunden pro Woche zu arbeiten - bekannt ist, daß in diesem Unternehmen viele

Frauen in Abruf-Jobs für 590,- DM im Monat arbeiten. Solche Arbeitsverhältnisse, von deren Entgelt niemand selbstständig leben kann, werden nun noch mehr zunehmen.

Ahnlich wirkt die Ausweitung der Öffnungszeiten bei den Sparkassen. Die Stadtsparkasse kündigt an, zur Ausdehnung der Öffnungszeiten 130 Teilzeitbeschäftigte neu einzustellen, auch hier also die Tendenz, keine Arbeitsverhältnisse anzubieten, die selbstständige Existenz ermöglichen. Ähnliches ist von der Kreissparkasse zu berichten, die 25 Vollzeitkräfte neu einzustellen will, aber außerdem ebenfalls 50 Halbtagskräfte.

Sollte die Verlängerung der Geschäftszeiten bei Handel und Banken zu einer Zunahme der Beschäftigung

Für Gewerkschaftsrechte!

Demonstrationen und Proteste im öffentlichen Dienst in der Türkei



Demonstration am 19. Oktober in Izmir

Am 19.10.1996 haben in den 11 größten Städten der Türkei Zehntausende Angestellte des öffentlichen Dienstes in den Straßen demonstriert.

Außer den Gewerkschaften beteiligten sich auch oppositionelle Parteien wie die Emek Partisi (EP, Partei der Arbeit), ÖDP, HADEP und andere. Die Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst,

die sich durch den breiten Kampf der Angestellten entwickelt hat, forderte bei Ihren Protesten u.a.:

- freies gewerkschaftliches Organisationsrecht, mit dem Recht auf Abschluß von Tarifverträgen und für das Recht auf Streik.

- Zurückzahlung der monatlichen Zwangs-Sparmaßnahmen. Das sind Teile des Lohns, die seit zwei Jahren regelmäßig einbehalten wurden. Mit der neuen Regierung wurde diese Regelung aufgehoben, jedoch möchte die Regie-

zung dieses Geld nicht zurückzahlen.

- Gegen Strafversetzung und gegen Bestrafung bei gewerkschaftlicher Tätigkeit.

- Gegen die Ausweitung der Gouverneursrechte und anderer Unterdrückungsgesetze.

Mit den Demonstrationen haben sich auch Schüler und Studenten solidarisiert. Landesweit haben mehr als 50 000 Menschen - trotz Demonstrationsverbot in einigen Städten und starker Polizeipräsenz - teilgenommen. (h.r.)

Das lukrative Geschäft mit den Armen

Illegal Beschäftigung

Stuttgart. Dreizig Beamten der Polizei und des Sonderdezernats gegen illegale Beschäftigung durchsuchten am 5. November die Baustelle der Music Hall II des Deyhle-Imperiuns in Möhringen. Sie stellten fest, daß ein Drittel der dort Beschäftigten keine Arbeitserlaubnis hatten. Die Folgen für die Angestellten sind durchaus verschieden:

Am schlimmsten hat es die 26 illegal Beschäftigten eines türkischen Bauunternehmers getroffen: sie wurden schon am Tag nach der Razzia ohne Federlese abgeschoben. Hartmut Zacher, Geschäftsführer der IG Bauen-Agrar-Umwelt Stuttgart stellt dazu fest: „Die abgeschobenen Arbeitnehmer haben seit einigen Monaten von ihrem Arbeitgeber keinen Lohn mehr erhalten und haben wohl in der Türkei auch keinerlei Möglichkeit mehr, diesen Lohn noch zu erhalten. Ihr Arbeitgeber, eine türkische Eisenverlegefirma mit Betriebssitz in Deutschland, wird nicht im Traum daran denken, ihre Arbeitnehmer zu be-

zahlen, obwohl sie das Geld von ihrem Auftraggeber abkassiert hat.“

Keine guten Karten haben auch die 170 Arbeiter einer portugiesischen Bau firma, deren Arbeitgeber keine Sozialversicherungsabgaben und Steuern abgeführt hatte. Sie sind wieder arbeitslos und werden kaum Geld sehen. Der portugiesische Bauunternehmer ist inzwischen eingelocht. Hartmut Zacher, IG BAU, kritisiert: „Zudem stellt sich uns die Frage, ob mit der schnellen Abschiebung nicht auch die Ermittlungsarbeit zusätzlich erschwert wird, denn diese Arbeitnehmer stehen mit Sicherheit nicht mehr als Zeugen zur Verfügung. Schnelle Lösung?“

Für die Generalunternehmer bzw. eigentlichen Profiteure, die sich die Hände selber nicht schmutzig machen, ist die ganze Aktion nur eine ärgerliche Störung der termingerechten Bauabwicklung. Hartmut Zacher: „Musical-Projektleiter Walter Veyhle sieht als Hauptproblem der Großrazzia auf seiner Baustelle, daß ein Arbeitstag verloren gegangen sei. Offensichtlich hat er die tatsächlichen Ausmaße seines Handelns bzw. das seiner beauftragten Bauunternehmungen Bilfinger & Berger, Wayss + Freytag und Baresel nicht begriffen...“

Hartmut Zachert fordert denn auch für die Baubeschäftigten: „Konsequenz kann nur sein: Verbot des Einsatzes von Billigarbeitskräften und Einstellung in bundesdeutsche Unternehmungen.“ Um aber die eigentlichen Profiteure zu treffen, will er die „Durchgriffshaftung für den Generalunternehmer für alle entstandenen Schäden“.

Zachert: „Wenn man die kleinen Bau stelle Music Hall II mit „Stuttgart 21“ ins Verhältnis setzt, kann man sich bereits ausmalen, wieviel illegal Beschäftigte dort auftauchen werden und was uns dann erwartet!“

- (ulk)

führen, so ist mit einem ähnlichen Trend wie in der Mitte der 80er Jahre zu rechnen: Die Zunahme findet im wesentlichen im Teilzeitbereich und bei ungeschützten Arbeitsverhältnissen statt, die weder aktuell eine gesicherte Existenz noch einen ausreichenden Versicherungsschutz bieten. Aber auch für die Beschäftigten in anderen Branchen wird die Änderung der Öffnungszeiten zu einer weiteren Flexibilisierung und Ausdehnung des Arbeitstags führen. Die Werbung von Merzenich spielt nicht nur auf die Öffnungszeiten an, auch die Beschäftigten, für die Läden- oder Banköffnungszeiten oft genug ein Argument waren, pünktlich die Arbeit zu beenden, sind um ein Argument ärmer.

uld, Lokalberichte Köln

Der Genosse Hüsein Celebi ist vielen in Deutschland aus praktischer politischer Arbeit oder von Veranstaltungen bekannt. Unser Genosse Hüseyin Celebi wurde vor genau vier Jahren während des Südkurdistan-Kriegs verraten und von nationalstatischen südkurdischen Kräften, die mit der türkischen Armee zusammenarbeiteten, gefangen genommen. Er wurde dann von ihnen ermordet.

Viele Freunde, die seit langem in der Kurdistan-Solidaritätsbewegung sind, kannten Hüseyin gut und werden ihn als Freund und Genossen nicht vergessen. Wir schätzten ihn vor allem wegen seinem internationalistischen Engagement, der Bedeutung, die er der Öffentlichkeitsarbeit, der Zusammenarbeit mit internationalen linken Kräften und dem Aufbau der Solidaritätsbewegung hier beigemessen hat. Für den Kurdistan-Report wurden anlässlich des 4. Todestages zwei Interviews geführt: mit Hüseyins Vater, Rifat Celebi, und seinem Genossen Selman Aslan, mit dem Hüseyin eine enge Freundschaft verband. Im Kurdistan-Report wird nur das erste Interview erscheinen. Im folgenden die beiden Interviews.

Interview mit Hüseyins Vater, Rifat Celebi

Kurdistan Report: Wann wurde denn Hüseyin geboren und wie ist er aufgewachsen?

Rifat Celebi: Hüseyin ist am 22. September 1967 in Hamburg geboren. Damals haben wir in Pattenberg bei Hamburg gewohnt.

Wie Hüseyin acht Monate alt war bin ich mit ihm nach Istanbul gefahren, weil damals mußte seine Mutter wieder arbeiten, es gab ja noch nicht drei Jahre Erziehungsurlaub, deshalb haben wir ihn dort bei Verwandten gelassen, weil wir beide arbeiten mußten. Nach ein paar Monaten haben wir ihn wieder geholt, ich habe dann Nachschicht gearbeitet und seine Mutter hat am Tag gearbeitet.

Kurdistan Report: Wie ist Hüseyin dazu gekommen, Politik zu machen?

Rifat Celebi: Er wurde da sicher von mir beeinflußt, ich war immer politisch aktiv. 1956 habe ich in Istanbul bei der CHP angefangen, bei der Jugendorganisation, bis Ende 1959. Nach dem Militärputsch im Mai 1960 mußte ich die Türkei verlassen.

Als Hüseyin 4 Jahre alt war, wollte er wissen, was „Kurden“ bedeutet, ich habe ihm erklärt, daß wir (meine Familie) Kurden sind, zwar einen türkischen Paß haben, aber die Kurden ein eigenes Volk sind, unterdrückt werden.

Hüseyins Mutter ist Türkin. Ich habe ihm erklärt, daß das wichtigste ist; Mensch zu sein.

1971 oder 72, als in Südkurdistan Krieg zwischen Saddam und Barzani war, hat Hüseyin ein Bild aus einer Zeitung, die ich mit nach Hause gebracht hatte, ausgeschnitten und bei seinem Stockbett – seine Schwester schließt oben, er unten – aufgehängt und gesagt „das ist mein Opa“. Wir haben ihm das Bild weggenommen, aber er hat es wieder aufgehängt.

Kurdistan Report: Wer war das auf dem Bild?

Rifat Celebi: Mustafa Barzani.

1973 war wieder ein furchtbares Blutbad in Südkurdistan, die Menschen flohen von Südkurdistan nach Nordkurdistan. Damals war in der Türkei Ecevit Ministerpräsident und der hatte mit Saddam vereinbart, daß 167 Flüchtlinge, darunter auch Kinder, an das irakische



Gedenktransparent auf dem 3. Kurdistan-Festival 1994 in der Nähe von Maastricht (Niederlande)

Vierter Todestag von Hüsein Celebi

„Das wichtigste war ... seine kritische Methode“

In diesen Tagen jährt sich zum vierten Mal der Todestag von Hüsein Celebi, von Mitte der 80er Jahre bis 1991 Mitarbeiter und später auch Sprecher des (seit November 1993 von Bundesinnenminister Kanther verbotenen) Kölner „Kurdistan-Komitees“ und in dieser Funktion zu seiner Zeit einer der bekanntesten und angesehensten Sprecher der kurdischen Befreiungsbewegung in der Bundesrepublik. Er fiel 1992 in Kurdistan. In der kurdischen Presse (z.B. der Tageszeitung *Özgür Politika*) waren aus Anlaß seines Todestages in letzter Zeit mehrfach Gedenkanzeigen zu finden, am 26. Oktober fand in Wuppertal eine große kurdische Gedenkveranstaltung für ihn statt. Auch

dem Herausgabekreis dieser Zeitung gehörte er eine Zeitlang – bis zu seinem frühen Tode – an.

Das im folgenden dokumentierte Interview mit seinem Vater Rifat Celebi und mit Selman Aslan, eine Zeitlang Nachfolger von Hüsein Celebi als Sprecher des Kölner Kurdistankomitees (und heute noch im Herausgabekreis dieser Zeitung) ist nicht nur eine Erinnerung an Hüsein Celebi. Es gibt auch einen Einblick in die politische Geschichte der kurdischen Exilbevölkerung in der BRD in den letzten ca. 20 Jahren und in ihre Anstrengungen zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Kurdistan. Wir erhielten es von der Redaktion der Zeitschrift „Biji“. (rül)

sche Regime ausgeliefert werden. Wir haben in den Nachrichten gehört, daß viele von ihnen bei ihrem Rückkehr umgebracht wurden. Da haben wir gesagt, irgend was müssen wir tun.

Damals war ich Betriebsrat bei Daimler-Benz in Hamburg.

Wir haben zu dritt Transparente geschrieben und eine Demonstration gemacht, Hüseyin war damals sechs Jahre und er ist mit uns gelaufen. Es war eine Demonstration von drei Erwachsenen und Hüseyin. Seitdem hat sich Hüseyin für Politik und für Kurdistan interessiert.

Kurdistan Report: Hüseyin hatte soviel ich weiß viele deutsche Freunde. Hat er in diesen Zusammenhängen auch Politik gemacht, war er irgendwo organisiert?

Rifat Celebi: Ich habe zuerst nicht gewußt, daß er in der SDAJ Mitglied war.

Ich glaube, Hüseyin war damals neun Jahre alt, da habe ich einmal seinen Ausweis der SDAJ gesehen. Er hat Beitragsmarken geklebt. Ich habe zu ihm gesagt, Mensch, du bekommst ja nur eine Mark Taschengeld, warum klebst Du da Marken. Hüseyin hat gesagt, ich brauche kein Geld. In der SDAJ hat er bis zum 14. oder 15. Lebensjahr gearbeitet, und wir haben uns manchmal deshalb gestritten. Denn er hat deshalb die Schule vernachlässigt, ist einfach nach Dortmund gefahren, um an einem Kongreß teilzunehmen, ist mit 15 nach Köln und einmal glaube ich nach Nürnberg gefahren. Dann habe ich sein rotes Parteibuch der DKP gesehen. Die DKP hat mit der türkischen TKP zusammengearbeitet und deshalb war ich sauer, habe zu Hüseyin gesagt, das geht nicht, weil ich die Geschichte von 1918 bis 1938 sehr genau gekannt habe, was damals die TKP für eine Rolle in der kurdischen Geschichte gespielt hat.

Kurdistan Report: Hat Du Hüseyin dann von dieser Geschichte erzählt?

Rifat Celebi: Ja und ich habe ihm sogar von Nazim Hikmet erzählt, ich habe ihm sehr viel erzählt. Hüseyin war beim DKP-Kongreß in Dortmund, dort sprach auch Ismail Bilen, der damals in der DDR war. Ich kam von der Arbeit nach Hause, damals war ich Busfahrer, und habe erfahren, daß Hüseyin seit zwei Tagen nicht zuhause war.

Ich habe seine Schwester gefragt, sie hat gesagt, sie wisse nichts. Sie wußte schon, wo er war, aber sie wollte nichts verraten, sie hatten eine gute Beziehung zueinander und haben immer zusammengehalten.

Die Schule hatte auch angerufen, hat sich beschwert, daß er seit vielen Tagen nicht mehr dort gewesen ist. Als Hüseyin dann als 15-jähriger erst nach ein paar Tagen spät in der Nacht nachhause kam, habe ich mit ihm geschimpft, gesagt, daß das so nicht geht.

Kurdistan Report: Hüseyin ist also lieber zu politischen Veranstaltungen als in die Schule gegangen?

Rifat Celebi: Ja, aber Hüseyin war trotzdem in der Schule sehr gut. Er war ein sehr kluger Mensch. Aber in der Nacht, als ich mit ihm gestritten habe, weil er nicht in die Schule, sondern zu dem Kongreß gefahren ist, hat Hüseyin sein Fahrrad genommen und ist von zuhause abgehauen. Wir haben gewartet, Hüseyin ist nicht zurück gekommen. Nachts um 1.00 Uhr kam dann ein Anruf von der Polizei und ich bin hingefahren und habe ihn abgeholt. In der Nacht habe ich zuerst gesagt, jetzt ist Schluß mit der DKP, Du darfst nicht mehr mitmachen, dann wurde mir aber klar, er wird traurig sein und vielleicht auch wieder abhauen. Langsam ist Hüseyin dann selbst von der DKP weggegangen, er war ja auch Realist und hat gesehen.

Wir haben schon auch zusammen gearbeitet. Hüseyin hat bei einer Schülerzeitung mitgearbeitet und mich gebeten, Anzeigenkunden für diese Zeitung zu finden, wir sind dann zusammen zu einigen Firmen gegangen, damit sie den Druck finanzieren konnten.

Hüseyin hat in dieser Zeitung einen Artikel geschrieben mit dem Tenor, man soll die Ausländer so akzeptieren, wie sie sind.

Hüseyin ist bekannt geworden in Hamburg-Harburg. Es gab noch keine kurdischen Gruppen bzw. andere, die KDP hatte ein kleines Büro. Die türkische Linke war da, wir haben mit ihr zusammengearbeitet, nicht nur mit einer Gruppe, sondern mit allen. Hüseyin war ein Mensch für die Welt, nicht nur für die Kurden.

Er wollte viel tun, war überall dabei. Er hat auch mit den türkischen Organisationen sehr viel gearbeitet, z.B. auch mit Dev Genc.

Dann hat Hüseyin angefangen, mit seiner Schwester an kurdischer Folklore teilzunehmen, doch wegen mehreren Bänderrissen und einem gebrochenen Fuß mußte er damit bald aufhören.

1978 war erst mal Komkar da in Hamburg, wir haben zusammen ein paar Veranstaltungen besucht. Hüseyin ist auch mit Türken und Kurden als Dolmetscher zu Anwälten mitgegangen. Seit dem Maras-Massaker sind ja viele kurdische Flüchtlinge nach Europa gekommen.

Kurdistan Report: Das war 1978.

Rifat Celebi: Ja, seit da sind die Kurden gekommen und nach dem Putsch 1980 dann viele türkische Linke. Hüseyin hat mit mir zusammen ihnen bei den Asylanträgen geholfen, hat gedolmetscht.

Ende 1978 haben wir gegen das Maras-Massaker eine Demonstration organisiert, Ende 1979 haben wir in Hamburg den Verein Arbeiter aus Kurdistan e.V. gegründet. Ehrlich gesagt, Hüseyin hatte etwas anderes im Kopf als wir, er hatte den Sozialismus im Kopf, nicht so das „Kurdentum“ wie wir. Hüseyin hat sich mit marxistischer Theorie auseinandergesetzt, wir haben das nicht so sehr.

Hüseyin hat Realschulabschluß gemacht und dann das Lessing-Gymnasium besucht. Hüseyin hat das Abitur geschafft, in Mathe war er schlecht. Eigentlich wollte er das Abitur nicht machen.

Danach hat Hüseyin angefangen an der Fachhochschule Sozialpädagogik zu studieren. Eines Tages traf er Kasim aus Maras, der politisch sehr engagiert und aktiv war. Das war glaube ich 1984. Ende 1985 hat Hüseyin gesagt, ich will nicht mehr studieren. Ich war dafür, daß er das Studium abschließt, denn wir brauchen später auch studierte Leute.

Kurdistan Report: Hüseyin hat dann das Kurdistan Komitee mit gegründet...

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13:

Rifat Celebi: Hüseyin hat das Kurdistan Komitee gegründet und überhaupt viel mit deutschen Freunden zusammenarbeitet, die Solidaritätsbewegung mit aufgebaut.

Im April 1985 war Ecevit in Hamburg, als Gastdozent an der Uni Hamburg, hat dort eine Rede gehalten. Hüseyin hat mit mir und anderen den Protest dagegen organisiert, es waren viele, zusammen mit der türkischen Linken, wir haben bekannt gemacht, daß Ecevit im Grunde ein Faschist ist.

Hürriyet veröffentlichte Fotos von uns bei dem Protest, am nächsten Tag wurden wir zum türkischen Konsulat zierte, sie haben uns den türkischen Paß abgenommen, weil wir gegen den türkischen Staat protestiert haben.

Kurdistan Report: Sie haben Euch deshalb ausgebürgert?

Rifat Celebi: Richtig, sie haben uns ausgebürgert und unsere Pässe weggenommen. Sie haben uns eine Bescheinigung gegeben, unterschrieben von Polat, später stellt sich raus, das war ein Geheimdienstler, er war selber Kurde, später war er in den Skandal verwickelt und mußte ausgetauscht werden.

Zunächst bekamen wir immer nur für zwei Monate Aufenthaltsbescheinigungen, später bekamen wir beide einen Fremdenpaß.

Kurdistan Report: Hast Du es dann schon richtig gefunden, wie Hüseyin gesagt hat, er will nicht mehr studieren, sondern sich ganz der Politik widmen?

Rifat Celebi: Ich war nicht dagegen, aber mein Wunsch war schon, daß er erst mal studiert und irgendwas wird, aber ich habe es akzeptiert.

Ich habe ihn nicht daran gehindert, habe ihm sogar geholfen.

Mein Traum war aber eigentlich immer, daß Hüseyin irgendwann, wenn es Kurdistan gibt, Außenminister würde.

Ich habe davon geträumt, daß er, als jemand, der von Kapitalismus, von Sozialismus was versteht, der die Bourgeoisie kennt, in der Weltöffentlichkeit Diplomatie für ein freies Kurdistan machen würde. Ich konnte mir schon vorstellen, wie Hüseyin als Außenminister aussiehen würde. Er konnte reden, aber auch sehr gut zuhören, er war ein geduldiger Mensch. Wir haben auch viel gestritten, weil unser Standpunkt zur Sowjetunion verschieden war.

Kurdistan Report: Im Februar 1988 wurde Hüseyin verhaftet und später im Düsseldorfer Prozeß angeklagt? Konntest Du damals mit ihm in Kontakt bleiben?

Rifat Celebi: Zuerst haben sie eine Besuchssperre verhängt, wir konnten uns nur schreiben, später konnten ich und seine Mutter ihn abwechselnd für eine halbe Stunde besuchen. Einige Zeit nach Prozeßbeginn wurde Hüseyin auf Kaution freigelassen, mußte jede Woche noch zwei Mal zum Prozeß. Später wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt.

Kurdistan Report: Hüseyin ist 1991 in die Mahsun-Korkmaz-Akademie gegangen. Wußtest Du, daß er nach Kurdistan gehen will und wie hast Du darauf reagiert?

Rifat Celebi: Als Hüseyin bei einer Demonstration in Bönn von der Polizei an der Schulter und am Arm verletzt wurden war, lebte er ein paar Wochen bei uns, dann ist er wieder nach Köln zurück. Irgendwann kam ein Anruf von ihm, Papa, ich bin nicht mehr in Deutschland.

Ich war darüber verärgert, ich habe gesagt, ich wäre ja nicht dagegen gewesen, wenn Du es mir gesagt hättest. Hüseyins Mutter war sehr traurig, daß er weggegangen ist, daß er in den Krieg gegangen ist und befürchtete von Anfang an, daß er nicht mehr zurückkommen würde.

Seine Schwester wußte Bescheid, sie

hatten ja nie Geheimnisse voreinander und haben sich sehr gut verstanden. Sie war hochschwanger, sieben Tage nachdem Hüseyin weg war, kam das Kind zur Welt, sie konnte nur mit Freunden ein Bild von dem Baby zu Hüseyin schicken.

Aber Hüseyin hat uns nie geschrieben. Von der Mahsun-Korkmaz-Akademie aus ging er nach Kurdistan, um an der Geschichte mal richtig teilzunehmen.

Hüseyin wollte alle vier Teile Kurdistans richtig kennenlernen und nach Dersim gehen. Wenn er zurückkehren würde, wollte er ein Buch schreiben.

Hüseyin ist zuerst schwer krank geworden, hatte Typhus. Ich habe später jemanden getroffen, der damals mit ihm zusammen war und auch Bilder gesehen. Die Freunde haben gesagt, er solle nach Europa zurückkehren, aber Hüseyin wollte das auf gar keine Fall.

Kurdistan Report: War Hüseyin die ganze Zeit in Südkurdistan, nachdem aus der Akademie weggegangen ist?

Rifat Celebi: Ja. Bis die türkische Armee zusammen mit Barzani- und Talabani-Leuten die PKK angegriffen hat. Während des Südkurdistan-Kriegs im Oktober 1992, Hüseyin blieb mit seiner Gruppe nur mit vier Leuten übrig. Sie mußten sich 33 Stunden lang ununterbrochen verteidigen. Sie hatten keine Munition mehr, er wollte, daß erst die anderen rausgehen um Nachschub oder Verstärkung zu holen. Sie hatten keine Munition mehr, hatten tagelang nicht mehr gegessen und nicht mehr geschlafen.

Hüseyin wurde von KDP-Leuten festgenommen, er war verletzt. Dann warfen sie ihn bei lebendigem Leibe die Schabania-Schucht hinunter.

Ich glaube, an der gleichen Stelle hat sich auch Beritan hinuntergestürzt, um nicht den KDP-Leuten in die Hände zu fallen.

Kurdistan Report: Hast Du Freunde getroffen, die damals dort waren?

Rifat Celebi: Ja, sie haben mir erzählt, was passiert ist. Die Freunde wissen, wo er von den KDP-Leuten in den Tod gestürzt wurde, aber er hat kein Grab. Diese Ecke ist heute ein Märtyrer-Ecke, sie sollen dort auch ihre Ruhe haben. Er ist ja nicht alleine, es liegen über 260 Märtyrer dort, deshalb hat man da nicht aufgegraben. Wir erinnern uns immer an Hüseyin, vor allem auch mit den deutschen Freunden.

Interview mit Selman Aslan, einem engen Freund von Hussein Celebi

Frage: So viel ich weiß, habt Ihr Euch im Düsseldorfer Gefängnis kennengelernt. Kannst Du uns erzählen, wie Ihr Euch da kennengelernt habt und welche Möglichkeiten der Kommunikation unter diesen Bedingungen überhaupt möglich waren?

Selman Aslan: Eigentlich sind wir uns schon einmal ein paar Tage vor unserer Verhaftung begegnet. Wir beide wußten gegenseitig zwar schon länger von unserer Existenz, waren uns aber noch nicht persönlich begegnet.

Hüseyin kam damals gerade aus Wien. Aber eigentlich kennengelernt haben wir uns durch die Briefe. Es ist vielleicht nicht gerade ein normales Kennenlernen, aber damals hatten wir keine andere Möglichkeit.

Ich muß es so sagen: obwohl wir uns nicht sehen konnten, hat es uns nicht gefehlt, was sonst oft für eine Freundschaft notwendig ist. Obwohl Hüseyin die türkische Sprache erst später gelernt hatte, konnte er sich auch in türkisch besser ausdrücken als in deutsch. Er schrieb sehr viele Briefe an sehr unterschiedliche Menschen. Hüseyin sorgte dafür, daß seine GenossInnen in den Gefängnissen nicht ohne Briefkontakte waren.

Zum Beispiel konnte ich über ihn und seine Briefe sehr viel Kontakt bekommen, Menschen kennenlernen. Briefe sind für Gefangene das Fenster nach

TERMIN

29.11./1.12.: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Suhl (Thüringen), Neuwahl des Vorstands.

6.-8.12.: Die „Informationsstelle Kurdistan“ lädt ein zum Seminar nach Aachen: „Mit der Nähmaschine zur Befreiung. Projekte in Kurdistan als Politikersatz?“ Infos: Informationsstelle Kurdistan, Maxstr. 50, 53111 Bonn, Tel./Fax 0228/ 656127.

7./8.12.: Gemeinsame Diskussionskonferenz von VVN-BdA, IVVdN und BdA zur Einschätzung der gegenwärtigen Entwicklung im Bereich des Konservatismus und des Neofaschismus (Interessenten sollen sich an die Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel. 0511-331136, Fax 0511-3360221

1997

2. bis 5. Januar: Linke Winterschule in Schnepfenthal (vgl. nebenstehende Übersicht).

21.-26. Januar: PDS-Parteitag, Schwerin.

2. März: Kommunalwahlen in Hessen

15./16. März: Frühjahrstagung der Bundeskonferenz BWK in Köln.

22./23. März: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.

31. Mai: Öffentliches Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis des „Kurdistan-Rundbriefs“ in Köln-Riehl, Jugendclubhaus „An der Schanz“.

20.-31.8.: UZ-Pressefest in Dortmund.

Linke Winterschule vom 2. bis 5. Januar 1997 in Schnepfenthal

Wann und wo?

Anfang Januar findet zum zehnten Mal die von der ARGE Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung getragene Linke Schule in Schnepfenthal statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Die Kurse beginnen am Donnerstag, den 2.1.1997, um 14.00 Uhr und enden je nach Vereinbarung am Sonntag, den 5.1., gegen Mittag, so daß An- und Abreise am Donnerstag bzw. Sonntag möglich und damit nur zwei Urlaustage zu nehmen sind.

Wie stets findet die Schule im Hotel Hermannstein, Am Hermannstein 12 (Tel. 0 36 22 / 29 17) statt. Der Ort ist zu erreichen:

- mit dem Auto von der A4 Abfahrt Waltershausen und etwa 6 km in Richtung Friedrichroda; in Schnepfenthal nach der Bahnschanke die Hinweisschilder auf „Hotel Hermannstein“ beachten;

- mit der Bahn: entweder umsteigen in Fröttstädt (auf der Strecke Eisenach-Gotha) in den Zug Richtung Friedrichroda; Schnepfenthal hat einen eigenen Bahnhof; oder umsteigen in Gotha und die Thüringerwaldbahn benutzen. Vom Bahnhof Schnepfenthal sind dann noch etwa 900 m zu laufen.

Die Tagungsstätte liegt landschaftlich sehr schön. Die Unterbringung erfolgt in Bungalows in Zweibettzimmern (wahlweise etwas preisgünstiger in Dreibettzimmern). Die Kosten für die Übernachtung plus Vollpension lie-

gen bei ca. 60 DM (vegetarische Kost ist möglich, wenn dies bei der Ankunft abgesprochen wird).

Anmeldungen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

- aus den westlichen Bundesländern bei: Jörg Detjen, c/o GNN Verlag Köln, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58; Fax 0221/21 53 73. (telefonisch nur bis zum 18. Dezember 1996, danach nur noch brieflich oder per Fax).

- aus den östlichen Bundesländern bei: Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. 03 65 / 7 10 19 88.

Wir bitten um (verbindliche) Anmeldung möglichst bis zum 18. Dezember.

AG Wirtschaft

Regionale Wirtschaftsräume, regionale Wirtschaften: Geschichte, Theorie - aktuelle Politik?

Derzeit wird eine Literatursammlung zusammengestellt, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern rechtzeitig vor Beginn der Winterschule zugehen soll.

AG Geschichte

Zur Geschichte der Rätebewegung. Von der Münchener Räterepublik bis zu Lenins Tod.

Quellenhinweise: Lenins Staatstheorie und die Sowjets (Lenin: Staat und Revolution, Gruß an die ungarischen Arbeiter, Die große Initiative, Der „linke Radikalismus“ ...), Materialien vom X.

Parteitag der KPR (B) (nach dem Kronstädter Aufstand) und Naumow: Lenins Vermächtnis, Agentur Nowosti, Moskau 1988.

AG Philosophie

Logik und Zwang.

Bei der Abschlußdiskussion des Sommerkurses, in dem u.a. Texte der deutschen Philosophie des 19. Jahrhunderts unter dem Gesichtspunkt der Entstehung des systematischen Antisemitismus verhandelt worden waren, entstand das dringende Bedürfnis zu einer Auseinandersetzung mit philosophischen Schriften namentlich Hegels, die für die Begründung von Ideologie und Sendungsbewußtseins des deutschen Reiches und des deutschen Imperialismus eine Rolle spielten.

Dabei waren wir übereingekommen, daß eine solche Auseinandersetzung vorbereitet werden muß. Jetzt im Winter wollen wir deswegen Texte u.a. von Aristoteles, Descartes und auch schon Hegel heranziehen, um zu schauen, wie sich philosophisches Denken in strengen Formen entwickelt hat, und ob und wie sich ein Zusammenhang von zwingender Logik und Logik des Zwanges entwickelt.

Über die passenden Texte wird zur Zeit noch diskutiert. Eine Mitteilung wird leider erst mit der Ausgabe Nr. 25/96 dieser Zeitung, d.h. in 14 Tagen möglich sein und dann an dieser Stelle abgedruckt werden.



Kurdische Friedensdemonstration in Hamburg am 15. Juni 1996. (Foto: res)

draußen. Hüseyins Briefe waren sehr ausführlich, inhaltlich informativ, humorvoll und liebevoll.

Also wie ein kleiner Roman, denn er schrieb sehr lange Briefe. Schreiben war wohl eine große Leidenschaft von Hüseyin.

Zum Beispiel hörte ich von einer Ge nossin, die auch später, nach ihm, nach Kurdistan gegangen ist, daß Hüseyin vorher einen Roman in Kurdistan zu schreiben. Ob es ihm gelungen ist, darüber kann ich nichts sagen. Aber ich glaube, er hat reichlich Notizen und ein Tagebuch usw. hinterlassen.

Frage: Einige Zeit nach Dir ist auch Hüseyin aus dem Gefängnis gekommen und ihr konntet Eure Freundschaft draußen richtig fortsetzen ...

Selman Aslan: Unsere wahre herzlichste Begegnung war natürlich nach seiner Entlassung.

Ich hatte ihn zwar im Gefängnis besucht, weil ich früher entlassen wurde als er, aber bei den Besuchen konnten wir uns nicht einmal die Hand drücken.

Es war morgens um 5.30 Uhr im Raum des Düsseldorfer Kurdistan Komitees (damals wurde wegen dem Prozeß auch in Düsseldorf ein Büro eingerichtet). Ich war erst um 5.30 Uhr wieder in Düsseldorf, weil ich am Abend zuvor in Bremen bei einer Veranstaltung über den Düsseldorfer Prozeß gesprochen hatte.

Es war eine Begegnung, die ich nicht beschreiben kann. Hüseyin hatte die ganze Zeit nicht geschlafen, weil er unbedingt auf mich warten wollte.

Frage: Ihr habt dann auch politisch zusammengearbeitet. Wie hast Du Hüseyin bei Eurer gemeinsamen Arbeit als Mensch und Genosse kennengelernt?

Selman Aslan: Anfang Februar 1990 begann unsere politische Zusammenarbeit in Freiheit.

Ich denke, Hüseyin war ein idealer Partner, was die politische Zusammenarbeit angeht. Seine systematischen Grundkenntnisse im Marxismus, seine politischen Kenntnisse über Deutschland, vor allem über die deutsche Linke, und was das allerwichtigste ist – eine Eigenschaft, die vielen von uns gefehlt hat – nämlich seine kritische Methode („Man muß an allem zweifeln“ war sein Lieblingszitat von Marx), bot eine unheimlich reichhaltige Grundlage für die Zusammenarbeit.

Hüseyin las wie ein Bücherwurm, schrieb wie ein Maschinengewehr, dachte wie ein Rechner. Also mit jemandem, der so viele Talente und Kompetenz besitzt zusammenzuarbeiten, das war für mich eine sehr große Freude.

Hüseyin war allein als eine Person so komplett wie ein ganzes Team. Ich nenne ihn „Atomameise“ (Übersetzung aus der türkischen Sprache: Jemand, der nonstop arbeitet, ständig produziert, also ein Energiebündel).

Deswegen mußte ich kurz nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in ein anderes Land gehen. Ich sagte zu ihm: „Du hast meine Arbeit genommen, jetzt bin ich arbeitslos.“

Frage: Hast Du später noch einmal mit Hüseyin zusammengearbeitet? Ich erinnere mich zum Beispiel, daß 1990/91 im Zusammenhang mit dem Golfkrieg die Arbeit des Kurdistan Komitee sehr intensiv war und auch im Vergleich zu früher viel größere Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden hat.

Selman Aslan: Zum zweiten Mal konnte ich mit Hüseyin dann während des Golfkriegs zusammenarbeiten. Damals wurde das Kurdistan Komitee ein alternatives Informationszentrum. Es war ja außer CNN und Pentagon-Berichten fast nichts in den Medien.

Wir waren sozusagen ein alternatives Pressebüro der Nordfront.

Hüseyin war auch der erste Mensch aus unseren Reihen, der sich mit dem GAP-Projekt kritisch beschäftigt hat. Dies zeigt seine politische Kapazität. Aber er war ein Mensch, ein Mensch aus unserer Reihe.

Er wollte demonstrieren, daß Politik nicht nur von Eliten oder von „Übermenschen“ gemacht werden kann, sondern jeder Mensch kann das, wenn er will. Hüseyin legte keinen Wert auf Karriere. Obwohl er in seiner Zeit in der BRD eine ziemlich hohe politische Position gehabt hatte, hat niemand an seinem Verhalten irgendwelche Veränderungen gemerkt.

Hüseyin gehörte nicht zu denen, die durch ihre Position regieren, sondern durch seine Kompetenz und Akzeptanz. Er war in seinem Arbeitsbereich kompetent und wurde deshalb akzeptiert. Aber er war trotzdem ein Mensch, der auch lachen, weinen, wütend sein und lieben konnte.

Frage: Habt Ihr über Hüseyins Entscheidung, die BRD zu verlassen und in Kurdistan zu kämpfen, diskutiert? Was dachtest Du über diese Entscheidung?

Selman Aslan: Seine Entscheidung konnten wir nicht diskutieren. Ich war zu der Zeit nicht in der BRD. Aber ich glaube, es gab auch gar nichts zu diskutieren. Das Land, für das er kämpft, zu sehen, eigene Erfahrungen zu machen, den Kampf am eigenen Leib zu leben, das war immer sein Ziel. Da konnte ihn niemand von abringen und das darf

man auch nicht. Über seine Entscheidung habe ich nicht viel nachgedacht. Ich war sicher, jeder wird an der Stelle arbeiten, wo er hingehört. Ich dachte, Hüseyin wird irgendwann einmal an die Stelle kommen, an der er am besten nützlich sein kann. Damit meinte ich nicht, daß er nicht ein guter Guerillakommandant werden konnte, ganz im Gegenteil, das hat er sogar bewiesen. Was ich sagen will, Hüseyins Platz wird hier immer leer sein, weil niemand so gute Arbeit leisten kann wie er.

Das ist für uns ein Verlust, aber es kann auch ein Antrieb sein, seine Stelle auszufüllen – als einzelne Person vielleicht nicht, aber als ein Team, das er schon als einzelner Mensch darstellte.

Hüseyin hat als ein verantwortungs tragender Mensch und Genosse das getan, was er tun konnte. Da gibt es nichts zu diskutieren.

Frage: Hast Du später was von Hüseyin gehört, habt Ihr Euch geschrieben?

Selman Aslan: Direkt von ihm persönlich habe ich nichts gehört, aber von Ge nossen, die mit ihm zusammen waren, habe ich sehr viel über ihn gehört. Es war typisch Hüseyin, wieder mitten in seiner Arbeit, full time beschäftigt. Ich habe ihn natürlich sehr vermisst, aber was soll es, er war beschäftigt für die Revolution. Und damit beschäftigen wir uns auch.

Frage: Wie hast Du erfahren, daß Hüseyin gefallen ist und wie bist Du damit umgegangen?

Selman Aslan: Ich war im Berxweden Verlag. Ich fragte nach über den Krieg in Südkurdistan und wollte auch wissen, ob es etwas Neues von Hüseyin gebe. Da herrschte in kurzes Schweigen. Ich ahnte, daß irgend etwas nicht stimmte, ich fragte nach. Die Antwort war: „Wir haben Hüseyin verloren.“

Ich wußte nicht, wie ich reagieren sollte. Ich war voller Schmerz. Ich war mir sicher, daß Hüseyin es nie akzeptiert hätte, daß wir ihm nachtrauern. Also habe ich versucht, es so zu machen wie er es machte, habe versucht, mich von dem Schmerz zu befreien und wieder voll in die Arbeit zu stürzen.

„Wir sollen endlich aufhören, uns ständig zu wiederholen“ hat Hüseyin immer gesagt. Dieser Satz sagt sehr viel aus. Wir sollen endlich aufhören, uns zu wiederholen. Hüseyin braucht kein Lob von uns oder Bestätigung.

Ich glaube, seinen Traum zu vollenden, so wie er es sich vorgestellt hat, das ist der richtige Respekt vor Hüseyin und die richtige Treue ihm gegenüber. Er braucht von uns weder irgendwelches Lob noch irgendwelchen Ruhm.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
– erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Aslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruska, Herbert Stascheit, Hardy Vollmer.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69401039, Fax: 030/69401041. Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/4583793. Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/5028112. Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Bade weg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax: 034204/65893. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr. /BLZ:

Bankunterschrift



Bilder: Links Helmut Huber, Interbrigadist, und Kurt Höfer, Interbrigadist und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Spanienkämpfer beim IVVdN, mit der Fahne der 11. Brigade. Rechts: Georg Woitschek, Interbrigadist aus Teltow. Unten links: Begeisterter Empfang vor dem Parlamentsgebäude in Barcelona (im Rollstuhl: Frau Dr. Rosa Coutelle). Unten rechts: Gedenkveranstaltung im Sportpalast in Barcelona.

Spanien im Herzen

Wilhelm Girod über einen Empfang für 350 ehemalige Spanienkämpfer in Spanien — 60 Jahre danach.

Vom 4. bis 12. November trafen sich in Spanien 350 ehemalige Teilnehmer am Spanischen Bürgerkrieg aus über 30 Ländern der Welt. Sie kämpften von 1936 bis 1939 in fast 150 unterschiedlichen militärischen Formationen der Volksarmee des republikanischen Spanien. Eine davon war die XI. internationale Brigade, in der viele Kämpfer aus Deutschland und Österreich, aber auch aus vielen anderen Ländern vereint waren. Am 7. November griff diese Brigade erstmals in die Kämpfe zur Verstärkung Madrids ein. Am nächsten Tag folgte ihr die XII. Brigade.

Zur feierlichen Würdigung des 60. Jahrestages lud nun eine kleine spanische

Aznar nicht mit dem Interbrigadisten traf. Sie kritisierten ebenso den Präsidenten der Cortes in Madrid, der zwar in einem Brief an die Interbrigadisten der Lincoln-Brigade erklärte, er werde sie in der Cortes empfangen, dann aber nur (auf Grund welchen Druckes?) einen seiner Sekretäre zur Begrüßung schickte.

Auch der König Spaniens traf sich in diesen Tagen zwar mit dem deutschen Bundeskanzler, nicht aber mit den ehemaligen Kämpfern für Demokratie und Freiheit.

Doch die Interbrigadisten wurden, wie vor 60 Jahren, durch die stürmischen Empfänge auf den Straßen mehr als entschädigt. Schließlich waren sie

die Interbrigadisten im Volk nie verloren. Oft haben die Mütter und Väter ihren Kindern oder Enkelkindern von der internationalen Solidarität berichtet. Viele wollten nun den Interbrigadisten die Hände schütteln. Immer wieder hörte man: „Danke!“

Auch hier erschien der Bürgermeister, ein Mitglied der rechten PP-Partei, nicht zum Empfang. Viele anwesende Spanier bewerteten dieses Verhalten als unhöflich und den Landessitzen Hohn sprechend, da er schließlich die Kommune zu vertreten hätte und nicht nur seine Partei.

In Albacete, der Basis der Internationalen Brigaden, erhielten die Freiwilligen, die meist keine militärischen Vorkenntnisse besaßen, eine erste Ausbildung. Oft mußten sie schon nach wenigen Tagen oder Wochen an die Front, wo sie dringend gebraucht wurden. Der Rektor der Universität Albacete dankte den Interbrigadisten in einer Rede unter anderem auch dafür, daß sie vor 60 Jahren für die Freiheit der Wissenschaften kämpften. Zeit seines Lebens war Franco berüchtigt für seinen Haß auf Intellektuelle. Auf dem Hof der Universität wurde ein Monument enthüllt, das an die über 13.000 gefallenen Angehörigen der Internationalen Brigaden erinnert.

Im Zentrum der Stadt, im Volksmuseum, wurde eine große Ausstellung den sechzig Jahren zurückliegenden Ereignissen gewidmet. Viele Dokumente belegen die Entschlossenheit und den Einsatz der damaligen Freiwilligen. Davon, daß diese Zeit auch die nächsten Generationen beschäftigt, zeugen die Werke heutiger Künstler Spaniens, die dem Thema des Republikanischen Freiheitskampfes gewidmet sind.

Unglaublich der Eindruck beim Eintreffen in Barcelona, der letzten Station der Reise. Die Brigadisten wurden im



Vor der Cortes in Barcelona, in welcher der würdigste Empfang von Seiten offizieller Vertreter Spaniens stattfand, bildete sich am nächsten Tag, dem vorletzten der achttägigen Rundreise, wieder ein Spalier vieler tausender Katalanen. Ältere Frauen und Männer bedankten sich bei den Interbrigadisten. Gruppen junger Spanier riefen „Viva república!“, „Viva Brigadista!“ Mit besonderer Herzlichkeit begrüßten sie die Interbrigadisten aus Kuba. „Viva Kuba!“ und „No pasaran!“ hallte über den Platz.

In vollkommenem Kontrast dazu die eisigen Minen der Angehörigen der Guardia Civil. Auch wenn sie von den Interbrigadisten direkt angesprochen wurden, ließen sie sich zu keinem Lächeln verleiten. Vielleicht sind manche Widersprüche auch nach 60 Jahren nicht zu versöhnen.

Eine Studentin aus Barcelona erzählte, daß noch nie seit dem Ende der Diktatur Francos so umfangreiche Darstellungen der Geschehnisse des Bürgerkriegs vor 60 Jahren in den Medien erfolgten.

Bei einem Besuch von Mataró, in der Nähe von Barcelona, nahmen die Interbrigadisten an der Enthüllung einer Stele auf dem örtlichen Friedhof teil. Unter ihnen die Ärztin Dr. Rosa Coutelle, die im Lazarett dieser Stadt, das in einem Kloster eingerichtet worden war, Verwundete der Ebro-Front versorgt hatte.

Als sie den Hof des jetzt wieder als Klosterschule genutzten ehemaligen Lazarets betrat, wurde sie von einer alten Frau aus Mataró auf Spanisch angesprochen und gefragt, ob sie Doktor Rosa sei. Nach mehr als 58 Jahren erkannten sie sich wieder. Maria Sans hatte, damals 18-jährig, als Hilfsschwester im Lazarett gearbeitet.

Auch wenn die Ereignisse in Spanien, anders als etwa in Frankreich, in den



Organisation, die „Freunde der Internationalen Brigaden“, in diesem Jahr ein. 350 Interbrigadisten und ihre Frauen, Witwen, Kinder und Freunde folgten dieser Einladung. Die insgesamt 900 Personen wurden in Spanien mit überwältigender Herzlichkeit empfangen.

Beim Empfang in Madrid, Albacete, Barcelona und an vielen Orten des Kampfes kam es zu temperamentvollen und begeisternden Begegnungen mit Spaniern aller Altersklassen. Frauen und Männer umarmten die Interbrigadisten. Nicht wenigen der Kämpfer, die heute alle bereits zwischen 80 und 90 Jahre alt sind, standen dabei Freudentränen in den Augen. Diese Rundreise, die Ehrungen, Meetings und Kundgebungen forderte alle ihre Kräfte, doch immer wieder stellten sie sich den Gesprächen mit den heutigen Bürgern Spaniens.

Die „Freunde der Internationalen Brigaden“ brachten ihre Freude darüber zum Ausdruck, noch einmal die Menschen würdig in ihrem Land empfangen zu können, die vor 60 Jahren bereit waren, für die Freiheit Spaniens zu kämpfen. Ihre Organisation ist es zu danken, daß die Regierung Spaniens nun das Versprechen einlöste, welches der Regierungschef Negrín 1938 den abziehenden Interbrigadisten gab: Sie waren für immer Söhne und Töchter Spaniens und ein befreiter Spanien würde ihnen seine Staatsbürgerschaft antragen. Deshalb reagierten die Freunde auch mit Empörung darauf, daß sich der konservative Premierminister José María

weder für einen König, noch für eine konservative Regierung in den Kampf gezogen. Sie leisteten damals als erste über alle nationalen und ethnischen Grenzen hinweg ihren internationalistischen Beitrag dafür, daß sich die Völker Europas nicht kampflos dem Faschismus ergaben. Heute wie damals ist jedoch die Frage, wer tatsächlich ein würdiger Vertreter des Kampfes für Demokratie und Freiheit ist, in den politischen Lagern heiß umstritten.

Einen der ersten großen Eindrücke der Reise hinterließ der Besuch der Arganda-Brücke, den Nachgeborenen bekannt durch das Lied von Ernst Busch. An diesem Fluß wurden die Franco-Truppen 1936/37 in schweren und verlustreichen Kämpfen daran gehindert, den Ring um Madrid zu schließen. In einem Olivenhain nahe der Brücke fiel am 1.12.1936, also gerade vor 60 Jahren, Hans Beimler. Bewegt stand seine Tochter vor dem Monument, daß zur Ehrung der hier gefallenen Kämpfer errichtet wurde. Die deutschen Interbrigadisten Helmut Huber und Martin Jäger entrollten für ihre toten Kameraden die aus Berlin mitgeführte Fahne der 11. Internationalen Brigade.

Zum Empfang der Interbrigadisten und ihrer Begleiter auf dem Bahnhof von Albacete erschien eine riesige Menschenmenge, über 6.000 meist junge Spanier. Wenn es die Kämpfer erlaubt hätten, wären sie auf Händen zu ihren Bussen getragen worden. Die Reden beim Empfang zeugten davon, daß trotz jahrelangen Terrors die Erinnerung an



Bahnhof von einer schier unübersehbaren Menge erwartet. Junge Leute, Studenten und Schüler, hakten sich unter, übernahmen ihr Gepäck und führten sie durch die begeistert klatschenden Einwohner, die zwei Stunden auf ihre Ankunft gewartet hatten. Ein 89-jähriger Interbrigadist aus Deutschland benötigte länger als eine halbe Stunde, um alle ihm entgegengestreckten Hände zu drücken und all die Küsse der Verehrung zu empfangen.

deutschen Medien kaum Beachtung fanden, kehrten die Teilnehmer der Reise mit der Gewißheit zurück, daß der Kampf gegen den Faschismus in Spanien auch in der jungen Generation weiterlebt.

Wilhelm Girod lebt in Berlin und ist Mitglied im Arbeitskreis „Freunde und Angehörige der Kämpfer für die spanische Republik“ im Bund der Antifaschisten (BdA).